

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staujngl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeile ober deren Raum 15 A. — Posttaxe Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Vom Schlachtfelde der Arbeit. Vortrefflich den Beschäftigungsanweisung für das Baugewerbe. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die neue Arbeitstheorie in Paris. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Gewerkschaftliche Kongresse. Das Memorandum der Wiener Bauarbeiter. — Aus Amerika. — Situationsberichte. — Eingeladent. — Literarisches. — Briefkasten.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Mit dem Gleichmuthe, den die alltägliche Gewohnheit der Gefahr ihm zu eigen gemacht hat, fährt der Bergmann den Schacht hinab. Immer tiefer senkt sich der Fährkorb; immer mehr entschwindet das Licht des Tages seinen Blicken, bis dem nach oben gewendeten Antlitz sich nur noch eine kleine helle Oeffnung zeigt. Er steigt aus dem Korbe, aber noch ist er nicht am Endziel angelangt; erst eine weitere Wanderung durch den finsternen Stollen, auf der das flackernde Grubenlicht ihm den Weg zeigt, führt ihn „vor Ort“, das ist: an die Stelle, wo er seine Arbeit aufzunehmen hat. Gar oft aber hat er noch tiefer in den Schooß der Erde hinabzudringen; über steile Treppen muß er hinunter in einen noch tiefer liegenden Schacht, wo er weit entfernt vom Betriebe der Welt, der Erde ihren Reichthum entzieht, die Erze und das „schwarze Gold“, die Kohle. Um's karglichste Brod müht er im Dienste des Reichthums, dem Kapital verkauft mit Leib und Leben, sich ab. Er thut sein Werk wie alle Tage, ohne des Unheils zu gedenken, das seiner harren mag. Da ertönt ein gurgelndes Geräusch oder ein furchtbarer Knall; ein Wasserstrom schießt aus dem Gestein hervor oder die angesammelten Gase haben sich entzündet. Unermutet ist die Katastrophe eingetreten und nur selten gelingt es den Unglücklichen, die in solchem Augenblicke ihrer schweren Arbeit obliegen, das Tageslicht wiederzusehen. Oft genug sind solche Katastrophen auf die Gewissenlosigkeit der Betriebsleitung zurückzuführen, die es im Interesse des heiligen Kapitalprofits, aus Sparsamkeitsgründen, unterläßt, die nöthigen Vorkehrungen gegen die vernichtende Gewalt der Naturkräfte zu treffen.

Nur selten waltet ein so günstiger Stern über dem Haupte der Vergleute, wie es kürzlich der Fall war, als in das Kohlenbecken von Dux sich ein gewaltiger Wassereinbruch in dem Augenblicke vollzog, als eben der Schichtenwechsel vorgenommen wurde, während die Schächte von Menschen leer waren. Schlimmer, weitaus schlimmer erging es jenen Proletariern, die am 1. Juni in den Schächten des altberühmten Silberbergwerks Przibram in Oesterreich arbeiteten. Von etwa 500 Mann, die wenige Stunden vorher von Weib und Kind Abschied genommen hatten, um in der Erde Tiefen ihr Stück Brod zu verdienen, haben mehr als die Hälfte das Licht des Tages nicht wiedergesehen, während der größte Theil der Uebrigen furchtbar verletzt wurde.

Eine schreckliche Verlustliste vom Schlachtfelde der Arbeit! Und doch ist diese Grubenkatastrophe, so grauenhaft auch ihre Bedeutung erscheint, dem Umfange nach noch nicht einmal der größte derartige Unfall. Wir erinnern nur an Explosionen schlagender Wetter, denen weit mehr Vergleute

zum Opfer fielen. Wessen Phantasie vermöchte die furchtbaren Szenen sich auszumalen, welche da unten in der schrecklichen Tiefe von mehr als 1000 Metern unter der Oberfläche sich abgespielt haben mögen? Man möchte es als einen Trost empfinden, wenn es sich feststellen ließe, daß die Mehrzahl der Unglücklichen durch die Einathmung giftiger Gase getödtet worden sei.

Alles Menschliche in uns sträubt sich dagegen, das Gerücht als begründet zu erachten, wonach die Katastrophe von Przibram auf ein Verbrechen zurückzuführen ist. Wiener Blätter berichten dazu:

„So wie die Dinge stehen, scheint es so gut wie gewiß, daß der Brand gelegt wurde, und zwar wird man sehr ernst mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß nicht ein Einzelner, sondern Mehrere die Schuldigen sind. Der 29. Horizont des Maria-Schachtes, in welchem das Feuer entbrach, ist sozulegen eine Reservegasse; kein Bergmann arbeitet dort, kein Beamter visitirt dort. Die Luft ist dort so sauerstoffarm und schlecht, daß das Licht schier erlischt, und daß ein dünner Holzspan, an's Licht gehalten, nicht Feuer fangen kann. Von unvorsichtiger Gebarung mit einem Grubenlicht, einem Bündelholz, einer brennenden Pfeife Zabal und dergleichen kann also gewiß nicht die Rede sein; sondern um solch ein mächtiges Feuer zu erzeugen, muß der Thäter gehörige Vorbereitungen getroffen und durch längere Zeit, ja vielleicht täglich durch mehrere Wochen leicht brennbare Stoffe — Del, Fette u. — aufgeschichtet haben, um sie dann zu entzünden. Und zur Ablagerung solcher Stoffe eignete sich die Derklichkeit auch darum, weil sie eine Art von Keller enthielt, in den man die Stoffe hineinpratteln konnte: tam etiam ein inspizirender Beamter, so inspizirte er im Stollen und in den Keller sah er gewiß nicht hinein.“

Weiter wird berichtet, vor sechs Wochen habe ein Beamter, der den betreffenden Horizont revidirte, drei Arbeiter unter verdächtigen Umständen dort hinabsteigen sehen. Die kapitalistische Presse ist natürlich sofort bereit, dieses Gerücht zu verwerthen. Wir können vorläufig nicht daran glauben, daß Arbeiter absichtlich, in verbrecherischer Absicht die Katastrophe herbeigeführt haben. Welch ein Abgrund von Vertheuerung würde dazu gehören, eine solche Ungeheuerlichkeit zu begehen, deren Urheber es doch klar sein müßte, daß der beabsichtigte Nachtheil höchstens materiell Diejenigen treffen könnte, denen er zugebacht war, während die That zugleich ein unaufschiebbares und unerbittliches Todesurtheil für die in der Grube arbeitenden Freunde und Genossen bedeutete!

Nein, es ist nicht zu glauben, daß Arbeiter gegen die eigenen Genossen solch eines verbrecherischen Wahnsinns fähig sind. Sollte wirklich die Hand eines Unmenschen den verheerenden Brand entzündet haben, weshalb müßte es die Hand eines Arbeiters sein? Und sollten wirklich Arbeiter die Verbrecher sein, so würde das nur beweisen, was die herrschende Gesellschaft an diesen Leuten gesündigt hat. Als ergebende Gegenläge zu einer solchen Wbrrung der Menschennatur ständen dann jene wackeren Vergleute vor unseren Augen, welche, ihr eigenes Leben misachtend, mitten in die qualmende Hölle hinabstiegen, um womöglich ihre Brüder noch zu retten, und welche diesen heroischen Versuch auch wirklich mit ihrem Leben bezahlten. Die Nachrichten aus Przibram gedenken rühmend dieser wahrhaft heldenhaften Anstrengung armer Vergleute, die das Einzige, was sie besaßen, das Leben, für ihre gefährdeten Brüder hinzugeben bereit waren. „Die

Arbeiter zeigten beispiellosen Muth.“ Als ob das so selten wäre! Im österreichischen Abgeordnetenhaus stellte am Tage nach der Katastrophe der Abgeordnete Professor Suez den Antrag, daß die Namen der bei den Rettungsversuchen Verunglückten durch eine auf dem Marktplatz von Przibram angebrachte Marmortafel der Nachwelt überliefert werden. Das „Neue Wiener Tageblatt“ bemerkt dazu:

Dieser Antrag könnte nur von der Unempfindlichkeit für schöne menschliche Thaten etwa als ein Ausfluß übertriebener menschlicher Sentimentalität angesehen werden, er bedeutet jedoch in Wahrheit eine Ehrung des Heldenthums im Frieden. Und wenn man in den Provinz-ortschaften da und dort Gedenktafeln begegnet, in denen die Namen einfacher Soldaten eingegraben sind, die im Kampfe für's Vaterland ihr Leben dahin gaben, so würde es nur eine Ehrung der Arbeit als solcher bezeichnen, wenn auf der Gedenktafel von Przibram die Namen der sämmtlichen Verunglückten Platz fänden, zum Zeichen dafür, daß in unserer modernen Kulturwelt auch das Sterben auf dem Felde der Arbeitssphäre seine Anerkennung findet.“

Recht schön gesagt und wohl auch recht gut gemeint! Schlimm nur ist's, daß die Gelder der Arbeit immer nur dann geehrt werden, wenn sie den Opfertod gefunden im Dienste der Ausbeutung. Ist das ganze Dasein so vieler Arbeiter doch eine fortgesetzte heldenhafte Aufopferung! Und der Staat, die Gesellschaft, die herrschenden Klassen, in deren selbstsüchtigem Interesse diese Aufopferung geschieht, wem? Sündensohn lassen sie oft den Arbeiter erfahren, wenn er von ihnen Garantien für ein menschenwürdiges Dasein verlangt? Dann ist er der „unverschämte“, „unbotmäßige“ Arbeiter, den Polizei und Strafrichter zur Kasse bringen müssen. Er mag heldenhaft um's liebe Brod sich abrackern und dabei mit den Seinen Noth und Elend leiden. Das gehört zur „Ordnung“, es ist ja nach den herrschenden Begriffen, die „Pflicht“ des Arbeiters, um einen Hungerlohn Leben und Gesundheit für das Ausbeuterinteresse dahin zu geben. Die Katastrophe von Przibram ist gewiß furchtbar; aber verlieren nicht täglich in allen Kulturstaaten Tausende Gesundheit und Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit?! Um's Brod in den Tod! Die ganze kapitalistische Produktion ist ein einziges und permanentes Verbrechen gegen das arbeitende Volk. Das müssen die Regierungen selbst zugeben, indem sie die Nothwendigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung anerkennen. Mit dieser Gesetzgebung ist's aber in der Praxis auch in Oesterreich noch recht schlecht bestellt. Der Bittelsack für die Hinterbliebenen der verunglückten Vergleute geht herum; reiche Parasiten können durch Almosengeben wieder ein christlich Werk thun. Und der Staat? Nun, der Ministerpräsident Graf Taaffe hat im österreichischen Abgeordnetenhaus die Erklärung abgegeben, daß für die Hinterbliebenen „in thunlichster Weise“ gesorgt werden solle. Das zitierte Wiener Blatt bemerkt dazu:

Es ist nöthig, daß diese Versicherung im weitesten Umfange ihre Erfüllung findet. Denn die armen Weiber und Kinder, für welche der Verlust des Gatten und Vaters nicht bloß einen heillosen Schmerz, sondern die nackte Noth, Hunger und Elend bedeutet, sind furchtbar schlimm daran, sie haben keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung nach irgend einer Seite hin. Die Bruderverbände der Bergarbeiter zählen zu den ältesten Einrichtungen gegenseitiger Hülfeleistung; sie datiren zumeist aus den frühesten Zeiten des Mittelalters und dennoch sind die Vergleute Oesterreichs mit ihren Angehörigen

In unserer Zeit der wissenschaftlichen Sozialreform weit aus schlimmer daran, als fast alle anderen Arbeiterkategorien. Von der Unfallversicherung sind nämlich die Bergleute ausgeschlossen, in gleicher Weise wie von der Krankenversicherung, eben mit Rücksicht auf ihre Bruderskladen, für diese aber wird auf Grund der modernen sozialreformerischen Gesetzgebung eine versicherungstechnische Grundlage gefordert, die sie nicht herzustellen vermögen. Die Bruderskladen Oesterreichs sind, wenigstens vom versicherungstechnischen Standpunkte, fast durchweg passiv, sie vermögen ihre Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern nicht zu erfüllen, wenn dies auf Grundlage statistischer Berechnung geschehen soll. Wie diese Bruderskladen all' die Jahrhunderte hindurch ihren Verpflichtungen obgelegen sind, ob vielleicht die Bergleuten vorwärts geschritten wären oder die Auszahlungen weniger gewissenhaft erfolgt, oder ob hier jeweilig der Unfall half, das ist nicht festzustellen. Gelegentlich der Einführung der Krankenversicherung in Oesterreich wurde jedoch berechnet, daß eine Summe von nahezu vierzig Millionen Oudren notwendig sein würde, um den Bruderskladen die richtige wirtschaftliche Basis zu geben. Eine solche Millionen summe ist aber für diesen Zweck nicht aufzubringen, und so sind denn die Bruderskladen bisher unreguliert geblieben. Die fürchterliche Katastrophe von Prazbram wird hoffentlich den Anstoß dazu geben, daß diese unhaltbare Sachlage bei Seite geschafft werde.

Freilich, für den des Volkes Wohlstand zerstörenden Militarismus werden fortgesetzt alljährlich Hunderte von Millionen ausgegeben. Aber 40 Millionen für Arbeiter-Interessen sind im Kulturstaat Oesterreich eine unerreichbare Millionen summe. Wir meinen wenigstens das, was in Deutschland möglich ist, sollte auch in Oesterreich möglich sein.

Auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie, welcher am 6., 7. und 8. d. d. in Wien stattfand, wurde ein Brief einiger Bergarbeiter aus Prag abgelesen, in welchem die folgende Darstellung der Katastrophe gegeben wird, welche zweifellos großes Aufsehen zu erregen geeignet ist:

Das Feuer entbrach am 29. d. d. in einer Tiefe von 556 Metern gerade zur Mittagszeit. Nach einer halben Stunde schon bemerkten einige Bergarbeiter, daß es brenne und versuchten das Feuer, bevor es größere Dimensionen annehme, zu löschen. Der Brandherd war jedoch nicht zu erreichen, da sich derselbe innerhalb einer selbstgefügten, vernagelten Bretterverhüllung befand, die allen Anstrengungen und Zermietungsversuchen widerstand. Eine Gefahr für die Bergleute bestand jedoch zu dieser Zeit noch nicht, weil der Rauch durch den Luftschacht abging und sich nicht in die Gänge verbreitete. Erst als die Bergverwaltung von dem Feuer Kenntnis erhielt und große Wassermassen in den Schacht hinabwerfen ließ, wurde dem Rauche der Abzug nach oben abgeschnitten, und der zurückgebliebene Qualm erfüllte nun die Seitenschächte, wodurch erst die eminente Gefahr für die eingeschlossenen Bergleute heraufbeschworen wurde. Die Schachtarbeiter verlangten nun aufgejagten zu werden, wurden aber von den Bergbeamten zurückgetrieben mit der Behauptung, daß eine Gefahr absolut nicht existiere. (Auf: Hörl! Ein Delegierter ruft: Was ist gerettet!) Trotz dieser gewissenlosen Verhärterung gaben die Arbeiter das Zeichen zum Auszuge, doch in drei Gruppen versagte die Ausrüstungsvorrichtungen den Dienst. (Hörl!) Endlich, nachdem die Gefahr ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde ein Bretterverschlag hinabgelassen, der Raum für zwölf Arbeiter hatte. Diese Rettungsanlage war jedoch so mangelhaft umrissen, daß die Unglücklichen, als sie von dem Rauche das Bewußtsein verloren hatten, in den Abgrund hinabstürzten und den Tod fanden. (Hörl! Hörl!) Oberverwalter Jäger gab nun den Befehl, Wasser in den verengten Schacht zu gießen; doch war, wie bei allen Feuerbrünsten, die in den Gruben ausgebrochen waren, Wasser zum Löschen nicht vorhanden. Auch wurden die

Handspinnen gelocht, doch fehlten die Schläffel zu den Requisitionskammern. (Enttäuschungsrufe) Ueber die mögliche Ursache des Ausbruches des Feuers sagt der Brief: „Die religiösen Arbeiter tragen gewöhnlich verchiedene Heilige in die Gruben mit, hauptsächlich den heiligen Johannes. Diefem wird oft eine improvisierte Kapelle errichtet, die durch ein „wichtiges Licht“ erleuchtet wird. Nun kam es schon öfter vor, daß durch die Beihölzerei die Kapelle Feuer fing und völlig niederbrannte. Es ist möglich, daß die Wiederholung eines solchen Vorfalls die Ursache der Feuerbrunst war. Die Arbeiter behaupten nicht, daß die Bergverwaltung die Schuld an dem Ausbruche des Brandes trage, sie legen ihr aber zur Last, daß durch ihre verkehrten Manipulationen das Feuer sich ausbreiten konnte und daß alle Rettungsmittel unzulänglich wurden durch den Mangel an Krähnen, Spitzeln und Wassermengen. Die schwerste Anklage erheben jedoch die Bergleute damit, daß die Arbeiter, welche später einen entsetzlichen Tod fanden, in dem Augenblicke, wo noch die Möglichkeit einer allgemeinen Rettung vorhanden war, zurückgetrieben wurden.“ Diese schweren Anschuldigungen gegen die Bergverwaltung wird wohl einer sehr ernstlichen und gründlichen Prüfung von Seite des Staatsanwalts unterzogen werden müssen. — Nach Meldung der Prager „Politik“ wäre die Entdeckungsurkunde des Brandes nach den geologischen Erhebungen in der Hand.

Diesem zufolge sei der Brand im 29. Lauf durch den Sprung eines Lampenstüblers oder infolge irgend einer anderen Unvorsichtigkeit entstanden. Die rasche Verbreitung des Brandes wird darauf zurückgeführt, daß der 29. Lauf ganz aus Holz gezimmert ist, während durch den Brand selbst der durch diese Jahre an den Wänden der Gänge angesammelte Dynamitstaub in's Gähren gerieth und tödtliche Gase entwickelte. — Nach allem dem liegen für die Arbeiter die Schuld an der Betriebsleitung vor!

Betreffend den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe

haben die Bauinnungen in Gemeinschaft mit den Baugewerks-Verungenoßenschaften abermals eine Petition an den Bundesrath und das Reichsamt des Innern gerichtet, welche von der „Baugewerks-Zeitung“ mitgetheilt wird.

Die Herren Zünftler denken: „Stetes Tropfen höhlet den Stein.“ Sie bezeichnen in ihrer Petition die von der Reichsregierung unter dem Vorwand aller vernünftigen Leute vertretene Ansicht, die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises hieße eine Genoth für eine sachgemäße Ausföhrung von Bauten, als durchaus unrichtig. Dem wird die überaus naive Bemerkung hinzugefügt: die Reichsregierung habe ihr absprechendes Urtheil über die Verhältnisse im Baugewerbe nicht gewinnen können durch Umfrage bei den deutschen Bauinnungen und den Baugewerks-Verungenoßenschaften. Es ist der Regierung garnicht eingefallen, ein „absprechendes“ Urtheil über die Verhältnisse im Baugewerbe abzugeben; sie hat lediglich die zünftlerische Petition, betreffend den Befähigungsnachweis, gebührend abgewiesen und dabei erklärt: daß seit Aufhebung des Befähigungsnachweises ein Rückgang in den Leistungen bei Aufstellungen von Bauten nicht eingetreten sei. Und diese Erklärung will die Petition zu einem „absprechenden“ Urtheil stampeln. Umfrage bei den Bauinnungen und den fast durchweg aus Zünftlern bestehenden Vorständen der Baugewerks-Verungenoßenschaften zu halten, dazu hatte die Regierung wohlthätig um so weniger Veranlassung, als diese Körperschaften ihr ja schon duzend-

von Malen ihre sogenannten „Gründe“ für den Befähigungsnachweis vorgebracht hatten. Sie handelte ganz richtig, daß sie ihren Entschluß von dem Urtheil nicht zünftlerischer Sachverständigen abhängig machte. Zwar behauptet die Petition, daß die Bauinnungen „nur die tüchtigeren und besseren Kräfte des Baugewerbes“ in sich vereinigen. Das ist eine lächerliche Ueberschätzung. Unter den 8000 Innungsmitgliedern bilden die tüchtigeren und besseren Kräfte den geringsten Theil. Man erinnere sich doch nur, in welcher Weise die Innungen ihre Mitgliederzahl erreicht haben. Durch die beständige Vorpiegelung der Erlangung von Erwerbsprivilegien sind notorisch Hunderte in überaus großer Zahl bezwungen worden, den Innungen beizutreten. Die Zünftler wissen das auch recht gut und sie wollen deshalb nichts davon wissen, daß von ihnen geforderte Befähigungsnachweis mit rückwirkender Kraft ausgeführt werde, so daß auch die jetzigen Innungsmeister sich demselben zu unterziehen hätten. Da würde allerdings sich zeigen, wie wenig wirklich tüchtige Kräfte in den Innungen vorhanden sind.

Die Petenten „verlangen“ die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe, um dasselbe „zu heben“. Ja, sie „verlangen“ diese sogenannte „Reform“ gar „im Interesse der mehr als einer Million Arbeiter, welche im Baugewerbe beschäftigt sind, und deren Leben und gesunde Glieder durch die mangelhafte Ausbildung der bauleitenden Personen gefährdet erscheinen.“

Die Herren Zünftler mögen sich gesagt sein lassen: wenn von Regierung und Gesetzgebung etwas im Interesse der Arbeiter zu verlangen ist, dann treten die Arbeiter selbst mit diesem Verlangen auf. Sie brauchen keine Vormundschaft in der Person der Zünftler, derselben Leute, welche von der Regierung und dem Reichstage schon so oft in unerschämtester und frivoller Weise die Vernichtung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter verlangt haben; derselben Leute, welche gegenüber der selbstständigen Arbeiterorganisation förmlich die Verhinderung zu bilden. Die Arbeiter im Baugewerbe wissen sehr wohl, was hinter der Forderung des Befähigungsnachweises steckt; sie wissen, daß die Erfüllung dieser Forderung keinen größeren Schutz ihres Lebens und ihrer gesunden Glieder bedeuten würde; es giebt noch sehr Viele unter ihnen, die sich erinnern aus der Zeit, wo der Befähigungsnachweis bestand, daß verhältnismäßig ebenso gewissenlos ihr Leben und ihre gesunden Glieder vom Uebernehmer auf das Spiel gesetzt wurden, wie es jetzt geschieht. Nicht „mangelhafte Ausbildung“ trägt die Schuld an so vielen Bauunfällen, sondern Gleichgültigkeit und noch mehr die Proffizität der Unternehmer. Ist es doch Thatsache, daß gerade die „Meister“, die noch unter den früheren zünftlerischen Verhältnissen im Baugewerbe aufgewachsen und ausgebildet sind, sich als die entliehensten Gegner guter Schutzvorrichtungen an Bauten hervorthaten. Sie haben, wie hier in Hamburg, erst durch die Gesellen und später durch die Unfallversicherungs-Gesetzgebung gezwungen werden müssen, Leben und gesunde Glieder der Arbeiter mehr zu respektiren, Schutzvorrichtungen anzubringen. Es ist Heuchelei, wenn in der Petition erklärt wird: „daß auf den Bauten beschäftigten Arbeiter sind geschierter, wenn die Bauaus-

Die Feuerbestattung.

Zur Einführung in dieses Thema wollen wir aus einem im April d. J. erschienenen Aufruf des Vereins der Freunde der Feuerbestattung „Die Flamme“ in Wien Folgendes hierher setzen:

Längst hat man aufgeführt, jene als weltverachtende Sonderlinge zu betrachten, welche dafür eintreten, daß menschliche Leichen, anstatt sie einer langamen Verwesung mit all' ihren Gefahren und Widerlichkeiten preiszugeben, durch einen raschen Verbrennungsprozeß aufgelöst werden, welcher nichts als ein Häuflein harmloser Asche übrig läßt.

In den bedeutendsten Kulturstaaten Europas und Amerikas ist die Feuerbestattung in Übung, berufene Sachmännliche Körperschaften anderer Länder empfehlen sie mit aller Entschiedenheit.

In Italien, wo die Feuerbestattung seit 1874 gestattet ist, wird sie heute in 27 Städten geübt, in Amerika, England und den skandinavischen Ländern bestehen seit Jahren Krematorien; erst später begann sich die Feuerbestattung in Mitteleuropa langsam aber sicher Bahn zu brechen. Gegen 4000 Leichen in Paris Verbrennt, darunter alle, welche dort anatomischen Zwecken gedient hatten, werden jährlich in den zwei ununterbrochen in Betrieb stehenden Krematorien des „Pere Lachaise“ durch überhitzte Luft verjehrt.

Seit 1890 werden die Ueberreste in der Schweiz und in die benachbarten Gegenden Deutschlands Verbrennen in Bärlik verbrannt.

Zu Birsbrunn in Schottland ist eben ein Krematorium im Bau begriffen. Zu der seit 1878 in Betrieb stehenden Feuerbestattungsanstalt in Göttingen, in welcher

nun schon weit über 1000 Leichen — darunter eine nicht unbedeutende Zahl aus Wien, Graz und anderen österreichischen Städten — dahin Ueberführter — in Asche verwandelt worden sind, haben sich auf deutschem Boden seit 1891 drei neue gestellt (zu Hamburg, Heidelberg und Offenbach a. M.), in deren einer schon in den 30 Tagen nach der Eröffnung derselben 6 Leichen eingeschickt worden sind.

Auf dem hygienischen Kongresse zu London 1891, auf welchem alle Kulturländer durch hervorragende Funktionäre der öffentlichen Gesundheitspflege vertreten waren, erklärte Sir Henry Thompson: „Die einzige Methode um infektöse Leichen wirklich unschädlich zu machen, sei die Desinfektion durch hohe Temperatur — die Verbrennung.“ Nach eingehender Beratung wurde auf diesem Kongresse die Resolution angenommen: es seien „alle legislativen Hindernisse der Leichenverbrennung zu entfernen.“

Obwohl in Preußen bisher die Feuerbestattung nicht zugelassen worden ist (die preussischen Minister des Kultus und der Justiz, haben im Abgeordnetenhaus noch kürzlich sich dagegen erklärt), hat sie der Berliner Magistrat im Jahre 1891 fünf Leichen und Leichenstücke in bestimmte Auslässe genommen, welche aus Anatomiehallen zur Bestattung gelangen, und hat derselbe einen bestimmten Theil eines städtischen Friedhofes zur Errichtung eines Krematoriums gewidmet.

Auch der niederösterreichische Landes-Sanitätsrath hat in einem Gutachten, welches er 1891 über die aus Anlaß der Einziehung von 23 Wortort-Kirchhöfen in das Wiener Gemeindegebiet zu treffenden Maßnahmen abgab, ausdrücklich betont, daß die Verbrennung der Leichen, wenn sie in einer

den „Anforderungen der Justiz und Sanitätspflege, sowie den religiösen Rücksichten und der Pietät entsprechenden Weise“ vollzogen und nicht als freispielige Sonderheit, sondern als eine in möglichster Allgemeinheit durchführbare Maßregel in's Wert gesetzt wird, den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege entspricht, die vielen Schwierigkeiten, welche das Verdingungswesen bereitet, am gründlichsten beseitigt und daher als eine Aufgabe der Zukunft anzusehen ist.“ Die k. k. Statthalterei hat es dem Wiener Magistrat anheim gestellt, von diesem Gutachten den geeigneten Gebrauch zu machen.

Wie sehr das Interesse einer Großstadt dazu zwingt, die zur Verwesung der Leichname erforderliche Bodenfläche einzuschränken, spricht sich darin aus, daß man ungeachtet der räumlichen Ausdehnung des Wiener Centralfriedhofes, und obwohl derselbe vor kaum achtzehn Jahren eröffnet wurde, laut einer Kundmachung des Magistrates vom September 1891 schon demnächst genöthigt ist, auf demselben Leichen übereinander zu betten. Man sieht, daß in der Großstadt Wien nach einer Lösung der Bestattungsfrage hindrängt, welche dem Gefährliche Tausende der längst im pathisch geworden ist.

Verwesende Körper, der Luft, der Erde und Allem, was sie berührt, verderblich, sind allen Lebensgeheimnissen entgegen. In dem Augenblicke, wenn der Leichnam in den entleerten Körper eines Menschen zurückgeführt wird, ist die Gefahr der Uebertragung des Lebens gefährlich und zum Greuel macht, ist also ein Wunsch, welchen auch jene, die ihn nicht theilen, beargwöhnen und achten müssen, wenn sie die Macht des Fortkommens nicht gegen den menschen-

fahrungen in den Händen geprägter Meister, als in den Händen Unkundiger liegen. Unter Unkundige wollen die Hünfler bekanntlich alle die verstanden wissen, die nicht gelobt sind mit dem Dese der künstlerischen Weisheit, die nicht schweben auf den Innungstrummel.

Die Meister-Prüfung bietet nicht die geringste Gewähr gegen Unfälle. Unsere Innungsmatadore machen es mit der Statistik wie der schlaue Theologe mit der Bibel: sie können Alles aus ihr „beweisen“. Paßt es Ihnen in den Kram, so „beweisen“ sie aus den Unfallsiftern, daß „Reichthum“ und „Nachlässigkeit“ der Arbeiter die meisten Unfälle herbeiführen. Wollen sie eine ganze Breche für den Befähigungsnachweis, so „beweisen“ sie aus derselben Statistik, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Unfälle der „mangelhaften Ausbildung“ der bauteilenden Personen zuzuschreiben ist. In der Petition heißt es: „Jährlich sind etwa, was nur zur Kenntniß der Berufsge nossenschaften gelangt, 800 Todesfälle, 2900 schwere Unfälle, welche eine dauernde Arbeitsunfähigkeit bebingen, und überhaupt 22.000 Unfälle im Baugewerbe zu beklagen. Auf 40 Arbeiter kommt jährlich eine Verletzung, ein schwerer Unfall auf 180 Arbeiter, ein Todesfall auf 970 Arbeiter. In großen Städten gestaltet sich die Statistik noch viel ungünstiger. Nach dem Urtheil der Untersuchten könnte reichlich ein Fünftel aller Unfälle vermieden werden, wenn die Bauten in der Hand sachkundiger Leute lägen. Dieses Fünftel aber bedeutet, daß jährlich etwa 160 Menschen das Leben und 500 Menschen die gesunden Glieder erhalten werden könnten.“

Vor noch garnicht langer Zeit hat die „Baugewerks-Zeitung“ ausgeführt, daß nicht in den großen Städten, sondern auf dem flachen Lande, wo der Unternehmer mit „weniger geschickten“ Arbeitern sich behelfen müsse, die meisten Bauunfälle vorkommen. Jetzt wird in der Petition der Innungsbrüder das Gegentheil behauptet. Wenn's sein müßte, brächten sie auch fertig, aus der Statistik zu „beweisen“, daß die meisten Unfälle da vorkommen, wo die Arbeiter Sozialdemokraten sind.

Auf das Urtheil der Petenten kommt in der Unfallsfrage gar nichts an. Ebensovienig auf ihre Behauptung, daß der Befähigungsnachweis im Interesse der Herstellung gesunder Wohnungen und einer tüchtigen Lehrlingsausbildung liege. Bezüglich des letzteren Punktes verweisen wir auf unsere Artikel: „Das Lehrlingswesen im Handwerk.“ (Nr. 21 bis 23 unv. Bl.). Was dadurch, daß unter dem Vorwande der Nothwendigkeit einer sogenannten „Meisterprüfung“ den Innungsmännern ein Erwerbsprivileg verliehen wird, für Herstellung gesunder Wohnungen gewonnen werden könnte, ist uns unerfindlich. Das schlechte Bauen hat seine Ursachen nicht in mangelhafter Ausbildung, sondern in dem spekulativen und wucherischen Charakter, den das Bauenwesen angenommen hat, wie wir das kürzlich im Beiratsartikel der Nr. 20 unv. Bl. ausgeführt haben. Diese Ursache des schlechten Bauens (und sie ist die einzige Ursache) kann nur dadurch beseitigt werden, daß man dem Grund- und Boden- und Häuferscher ein Ende macht, nicht aber durch künstlerischen Befähigungsnachweis, der doch zu nichts Weiterem führen würde, als daß der privilegierte Innungsmeister

allein berufen wäre, die Schuldfragen der Spekulation aufzuklären. Weitauß die meisten Innungsmeister, wie andere Bauunternehmer, lassen sich bekanntlich die Baupläne von Technikern entwerfen. Und das würde auch so bleiben, wenn der Befähigungsnachweis käme. Aber er wird nicht kommen. Durch ihre Petitionen für denselben beweisen die Hünfler, daß sie erfüllt sind von kleinlicher Selbstsucht. Alle ihre „Gründe“ tragen nur dazu bei, die Ueberzeugung zu befestigen und verallgemeinern, daß es ihnen nur darauf ankommt, sich ein Ausbütungsprivileg zu sichern. Die deutschen Regierungen müßten dämmern als dumm sein, wollten sie das Gejammer der Hünfler: „Befommen wir den Befähigungsnachweis nicht, so wird der Bildung des Baugewerbes unabweislich sein“, ernst nehmen. Es ist die edle und rechte künstlerische Demagogie, die in solchen Klagen zum Ausdruck kommt; der Sonderinteressen-Fanatikus, der zu seiner „Rechtfertigung“ die tollsten Ueberheiten nicht verschmäht.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

In Glückseligkeit und Wohne schwimmt die „Baugewerks-Zeitung“. Sie verkündet, daß wichtige Veränderungen für die Organisation des Handwerks in Aussicht stehen. Woher sie das weiß, sagt sie nicht. Aber freudig erregt behauptet sie:

„Jedenfalls will man jetzt daran gehen, sich mit der Handwerkerfrage zu beschäftigen. Man will dem Handwerk helfen und somit dem ewigen Hin- und Herbäumen ein Ende machen. Von der Politik des Hinhaltens und Abwärtens gedenkt man abzugehen, wahrscheinlich, weil „die Schreier“ doch zu laut geschrien und zu viele hinter sich haben. Alles ist schließlich eine Nachfrage. Aber vom Befähigungsnachweis will man vorläufig nichts wissen. Indessen brauchen die Handwerker diese Forderung keineswegs von der Tagesordnung abzulegen, denn wenn die geplante Neuorganisation wirklich durchgeführt wird, so kann diese sehr wohl eine Staffel zur Erlangung des Befähigungsnachweises werden. Für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe sind im Bundesrat schon jetzt sehr gewichtige Stimmen vorhanden. Die für das Handwerk in Aussicht genommenen Vor schläge sollen übrigens dem preussischen Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt werden und der Kaiser soll wünschen, daß zu diesem Zweck noch einige Handwerker in den Staatsrat berufen werden.“

Was die Organisation selbst angeht, so erfahren wir, daß dieselbe im engsten Anschluß an die Innungen sich vollziehen wird. Das Behren soll ausschließlich Sache der Innungen werden. (?) Jeder, der lehren will, muß ordnungsmäßig geteilt und ein Gesellenstück gemacht haben. Es soll auch Jeder, der lehren will, der Innung seines Faches angehören. Die Kontrolle über die Lehrlinge erhalten die Innungen, wodurch ein nicht unbeträchtlicher Zwang ausgeübt wird, der Innung beigetreten. Nicht das Arbeiten in seinem Fache soll dem außerhalb Stehenden künftig verboten sein, wohl aber das Halten der Lehrlinge. Es wird deswegen auch eine Gesetzesänderung in Betreff der jugendlichen Arbeiter angestrebt. In sämtlichen Kosten der Lehrlingsbeziehung sollen auch diejenigen herangezogen werden, welche außerhalb der Innung stehen (11) Gesellenbriefe können künftig nur von den Innungen ausgestellt werden und der Gesellenbrief ist Vorbedingung zur Aufnahme in eine Innung, während über die Dauer der Lehrzeit und die Form der Lehre die Innungsverbände bezw. die Bezirksverbände gültige Vorschriften erlassen, welche aber der Prüfung des Bundesrates unterstehen.“

Hinter diese Verdingung machen wir ein dickes ?, denn Angehörnisse dieser Art an die Innungen würden geradezu ungeheuerlich sein und den entscheidenden Kampf aller nichtkünstlerischen Elemente gegen die Innungen provozieren. Nicht könnte es dann dahin

kommen, daß es als Ehrenfache jedes vernünftigen Vaters gilt, seinen Sohn nicht bei einem Innungsmeister in die Lehre zu geben.

Tam-Tam! Der geschäftsführende Ausschuß des Innungs-Verbandes deutscher Baugewerksmeister rührt die große Wethrommel. Er erlöst einen Aufruf an die Fachgenossen zur Unterstützung des Innungstrummels. Ob's wohl noch viele Dumme giebt, die auf das Tam-Tam hineinfallen?

Die Sonntagruhe tritt bestimmt am 1. Juli in Kraft. Die kaiserliche Verordnung hat diesen Tag ausdrücklich für die Einführung festgesetzt. Aus den verschiedenen Theilen des Reiches liegen schon amtliche Mittheilungen vor, daß dieser Einführungs tag streng eingehalten wird.

Krankentafelwesen. Auf der am 6. und 7. Juni in Halle a/S. stattgehabten zwölften ordentlichen Generalversammlung der Centralfrankentafel der Tischler und verwandten Hilfsarbeiter wurde die Auflösung der Kaffe mit 68 Stimmen abgelehnt und dann mit 39 gegen 38 Stimmen beschlossen, dieselbe dem Ges. weiter zu unterstellen. In Mainz tagte zu gleicher Zeit die siebente Generalversammlung der Centralfrankentafel der Bildhauer Deutschlands. Dieselbe beschloß Auflösung der Kaffe, lebte auch die Verwahrung derselben in eine Zuschußkaffe ab. Man überwieß die vorhandenen Mittel dem Centralverein mit dem Wunsch, daß dieser seinen Mitgliedern in Krankheitsfällen einen Zuschuß zu dem Krankengeld gewährt.

Die neue Arbeitsbörse in Paris.

Über deren Bau wir vor einiger Zeit Mittheilungen brachten, ist am 27. Mai d. J. unter entsprechendem Feierlichkeiten den Arbeiterverbänden übergeben worden, welche 230 Arbeiterverbände mit mehr als 200 000 Arbeitern repräsentiren.

Das Gebäude war schon vor einem Jahre vollendet, allein die Regierung trug in ihrer Klugheit Bedenken, es den Arbeitern zu übergeben. Es bedurfte eines kräftigen Druckes von oben, um das Ministerium zur Vernunft zu bringen. Für Verwaltung der Arbeitsbörse, in der sämtliche Gewerkschaften ihre Bureau haben, giebt die Stadt Paris jährlich 50 000 Franken, für die Aufsicht und Bewachung des Gebäudes, Reparaturen, Heizung, Beleuchtung usw. noch außerdem 118 000 Franken.

Die Theilnahme an der Feier war eine großartige. Etwa 3000 Einladungen waren dazu ergangen; ein jedes Syndikat hatte für seine Mitglieder mindestens 10 Karten empfangen; die übrigen Karten waren an die Vertreter der Presse vertheilt worden. Das Bureau des Stadtraths hatte seinerseits an Abgeordnete und Senatoren Einladungen ergehen lassen. Bezeichnend war die Anrede, die der Präsident des Pariser Gemeinderaths, Santon, an die Versammlung richtete, in der es am Schluß hieß: „Im Namen der Stadt Paris übergebe ich Ihnen diese Zentralarbeitsbörse mit der Zuversicht, daß sie in Ihren Händen ein Instrument der sozialen Beruhigung sein wird, das, während es den Triumph Ihrer gerechten Forderungen sichert, dazu beitragen wird, durch die Beziehungen, die Sie mit den Arbeitern der anderen Länder anknüpfen werden, eines Tages den Weltfrieden zu begründen.“

Die Börse ist ein Bradstau, nahe der Place de la Republique gelegen. Er umfaßt einen an vier Seiten geschlossenen Häuserblock. In dem geräumigen Unterhause befindet sich der „Ausstandsaal“, der mit den Nebenzimmern etwa 2200 Personen faßt. Von dort steigt man zu den vier oberen Stockwerken empor, wo außer dem Bibliotheksaal 150 Räume liegen, in denen die Syndikate der verschiedenen Arbeitsweige untergebracht sind. Außerdem enthält das Gebäude einen Saal, in dem Beschäftigungsloie den Tag über bis 12 Uhr Nachts Unterkunft finden. Für das Grundloie, auf dem die neue Arbeitsbörse steht, hat die Stadt etwas über eine Million Franken bezahlt, die Kaufleute getragen ungefahr ebensoviel, so daß die Gesamtsumme belaufen auf ungefahr zwei Millionen belaufen. Dazu kommen

freundlichen Sinn völlig abgempft hat, aus welchem ein solcher Wunsch entspringt.

So der Aufstuf des genannten Vereins. Es ist nun zunächst darauf hinzuweisen, daß unsere Mitvorberer, die mit nächsterem Sinne die Verhältnisse des Daseins aufzuleisten, und unboreingenommen ihre Sephlogenheiten nach praktischen Gesichtspunkten gestalteten, nicht wollten, daß ihre Leiber nach ihrem Tode einer stinkenden Fäulniß anheimfielen; sie verbrannten ihre Toden und übergaben der Erde nur die Asche in Urnen, wie sie in den Museen zu sehen sind. Das von der Theologie verdorbene Christentum, mit seinem gemeinlichlichen religiösen Wahn, machte diesem vernünftigen Gebrauche ein Ende. Die Theologen erlangen zwar Hölle und Fegfeuer, aber sie wollen nicht eingestehen wissen in den natürlichen Ablauf des Auflösungsprozesses, den der Mensch, wie jedes andere Wesen, zu bestehen hat; sie wollten alle „böse Luft des sündigen Fleisches“ mit dem Fleische der natürlichen Vernichtung übergeben. Die Toden wurden begraben; das Fleisch mußte nach der Lehre der Theologen verweisen, damit „der Geist gereinigt werde.“ Und alles Ernstes lehrte die Theologie eine Wiederauferstehung des Fleisches am „Tage des jüngsten Gerichts.“ Kaiser Karl, der sogenannte „Große“, belegte die Verbrennung der Toden mit der Todesstrafe und bereits über 1000 Jahre hindurch werden die Leiden in den christlichen Staaten begraben.

Es charakterisirt unsere Zeit, daß gerade in ihr, die berufen ist, mit so manchem religiösen Wahn und seinen verhängnisvollen Konsequenzen aufzuräumen, die Idee der Feuerbestattung wieder erwachen und in wenig Jahren sehr viele Anhänger in allen Welttheilen gewinnen konnte. Im Jahre 1849 legte der damalige Berliner Professor Jacob Grimm der Akademie der Wissenschaften eine

Abhandlung „über das Verbrennen der Leichen“ vor. In der Folgezeit sind Männer der Wissenschaft von hervorragender und allseitig anerkannter Bedeutung für diese Bestattungsart eingetreten, so auch Professor Birchow, welcher den Beweis erbrachte, daß die Einführung derselben nicht nur eine nothwendige Forderung der öffentlichen Gesundheitslehre ist, sondern auch aus nationalökonomischen Gründen anzutreiben ist.

Es ist ja zweifellos, daß durch die Anlage von Friedhöfen für Erdbestattung ein ungeheurer Raum der Agrikultur entzogen wird. Namentlich in größeren Städten, in deren Umgebung der Grund und Boden sehr theuer ist, kommen die ökonomischen Gründe in Betracht. Auf ein Grab muß im Durchschnitt mit den Friedhöfsgrüngen wenigstens eine Fläche von 3 Quadratmetern gerechnet werden. Bei einer Sterblichkeit von 3,14 Prozent im Jahre macht das bei 100 000 Einwohnern jährlich 1 Hektar aus. Die Gräber werden nach einer Reihe von Jahren freilich wieder belegt, doch bei Weitem nicht alle. Auf die Dauer ist der Bodenvertrauf einer großen Stadt ein sehr beträchtlicher. Die Urnen dagegen nehmen nur sehr wenig Raum ein und sehr viele können in einer einzigen Urnenhalle untergebracht werden.

Außer den ökonomischen Gründen, und in noch höherem Grade als diese, sind die hygienischen für die Feuerbestattung entscheidend. Die Gesundheit der Lebenden hängt, so führt Dr. med. Franke, München in der „Reichs-Zeitung“, „Hygiene“, aus, die größte Rolle bei der Entscheidung, ob Begräbnis oder Verbrennung. Die begrabenen Leichen schädigen die Gesundheit der Lebenden. Schon früher hat man den Grabstätten eine gesund-

heitliche Schädigung zugeschrieben. Nun war man über die Art der Schädigung noch im Unklaren. Man stellte sich vor, daß von den Gräbern trakthafte Miasmen in die Luft stiegen und die umwohnenden Menschen schädigten. Man hatte eben noch keine klare Vorstellung von der Verbreitung der miasmatischen Krankheiten; selbst das Wesen eines Miasmas war noch nicht erkannt.

Heutzutage versteht man unter Miasma nicht ein ungeliebtes gasförmiges Gift, sondern man versteht darunter keine Besehmen, die nur in bestimmten Gegenden vorkommen und die Menschen oder Thiere, die sich in diesen Gegenden aufhalten, krank machen können, wie E. Riegler in seiner „Allgemeinen pathologischen Anatomie“ das nachweist.

Es ist aber von den Spaltplätzen nachgewiesen, daß diese kleinen Lebewesen, wenn sie einen Körper vernichtet haben, und mit ihm begraben worden sind, von den begrabenen Leichen aus nicht in die Luft gelangen können. Es hat sich durchaus nicht bestätigt, daß Spaltplätze aus dem faulenden Körper in die Region der Verbrennungszone austreten und durch die Verbrennung mit der Luft zerfallen werden können. Wohl können die entwickelten Gase den ganzen Boden durchsetzen, aber die Krankheits-erregter können unter gewöhnlichen Umständen nicht mehr in die Luft gelangen. Die von der zerfallenden Leiche gebildeten Gase, unter denen sich auch giftige und ableidende befinden, schädigen, in die Athemluft der Menschen gelangt, doch nur bei großer Dichte, wie sie bisweilen in Gräbern vorkommt. Weist beständig sie durch ihren unangenehmen Geruch. Sie erzeugen den sogenannten Frischhofgeruch, der namentlich nach warmem Regen wahrzunehmen ist.

Auch die Annahme ist unrichtig, daß die Krankheits-erregter in das Trinkwasser der Menschen gelangen, da-

noch die der Stadt ebenfalls zur Last fallenden Unterhaltungskosten, die jährlichen Ausgaben für elektrische Licht und für Zentralheizung (65 000 Franken), für Beamten- und Bedientengebälter (63 000 Franken) und schließlich noch ein Posten von 50 000 Franken jährlich, der die stöckige Bestimmung hat, den Betrieb der Arbeitsbörse zu sichern. Die alte im Jahre 1867 eroffnete Baste in der Rue Sean-Jacques-Moussan, die, wie deren Wortführer früher den Besuchern zu erklären pflegte, für die Organisation der Arbeiter das sei, was für die Kirche der Stall von Belsham gewesen, wird in Zukunft als Annex A der Zentralkasse bezeichnet werden. Rechnet man zu all' den Auslagen noch hinzu, daß das Gebäude etwa 200 000 Franken die Jahre eintragen würde, so ergibt sich, daß die Stadt Paris den Arbeitern mit dieser Arbeitsbörse ein sehr beträchtliches Geschenk gemacht hat.

Bewerkschaftliche Angelegenheiten.

Eine Verurteilung. In Nr. 46 der Bauwerks-Zeitung" lesen wir:
Cöslin, den 3. Juni 1892. Seit Montag, den 30. Mai, streifen hier sämtliche dem Gesellen-Verbande angehörige Maurer, weil die Arbeitgeber nicht über M. 3 Tagelohn dem mittleren Arbeiter zahlen wollen und können, (10 Stunden Arbeitszeit). In einer Zuschrift der Gesellen vom Winter 1891 forderten dieselben M. 4 pro Tag bei 10 Stunden Arbeitszeit, und waren wir bei solch' abnormer Forderung nicht im Stande, in Unterhandlungen uns einlassen zu können, da im Laufe dieses Sommers hier nur wenig zu thun ist und mancher Unternehmer nur 4 bis 8 Gesellen beschäftigen kann.

Unsere Nachbarstädte Schweidnitz, Belgard, Müggenwalde, Schlauß, Stolp zc. (ausgenommen Kolberg) zahlen nur M. 2.50 bis M. 3 bei 11 Stunden Arbeitszeit, und sind wir daher außer Stande, mit den Kollegen dieser Städte bei ländlichen Bauten konkurrieren zu können, da die Gesellen hier für Landarbeit pro Tag M. 5 fordern.

Ich bitte, dies in unserer Zeitung bekannt machen zu wollen, damit die Herren Kollegen anderer Innungen diese Arbeiter ohne Entlassung nicht in Arbeit stellen. In den vorhergegangenen 3 Jahren haben wir dem besseren Gesellen M. 3.30 gezahlt und zahlen müssen, weil die am Kadettenhausbau übernommenen Arbeiten ohne Rücksicht auf die erhöhten Lohnpreise fertiggestellt werden mußten. Der Tagelohnsatz vor Beginn dieses Baues betrug bei 11 Stunden Arbeitszeit M. 2.75. Daß hiernach kein Unternehmer etwas verdienen konnte, liegt klar.

Was geht's denn die Arbeiter an, wenn die Unternehmer sich bei ihrer Submissionshöhe verrechnen? Es ist ihr Recht, anständigen Lohn zu fordern, ohne Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer, die das Handwerk dadurch zu "leben" suchen, daß sie sich gegenseitig unterbieten.

Übrigens wollen wir uns die Verurteilung der streitenden Gesellen durch die Meisterschaft merken. Das heißt das: die Herren Kollegen sollen diese Arbeiter ohne Entlassung nicht in Arbeit stellen? Da muß wohl ein besonderer Entlassungsvermerk gemeint sein.

Die Gründung eines Bildhauer-Vereins fand am 7. d. M. im "Weissen Wöden" in Mainz statt. Dupont-Berlin eröffnete die Verhandlungen mit dem Hinweis, daß es sich darum handle, einen Zentralverein in der Bildhauer Deutschlands zu gründen; jeder anwesende Bildhauer habe Sitz und Stimme.

Die bisherige Organisation der Bildhauer, der "Unterstützungsverein der Bildhauer Deutschlands", ist bekanntlich durch Umstimmung aufgelöst worden. Der neue Verein hat im Groben und Ganzen dieselbe Grundlage, wie der aufgelöste. Der Unterschied besteht nun darin, daß die Mitglieder des neuen Vereins nicht mehr ein klagbares Recht auf Unterstützung haben. Durch diese Maßregel ist die Gültigkeit ihres Statuts nicht mehr von der Genehmigung der Behörden abhängig. Der Verein ist also nicht mehr königlich preussischer Gewerksverein". Der Sitz des neuen Vereins ist Berlin.

durch etwa, daß sie in das Grundwasser übergingen und in die Brunnen gelangen. Die Filtrationskraft des Bodens ist für alle die kleinen Lebewesen eine so große, daß jene Reime aus der faulenden Leiche nicht weit mit dem Grundwasser fortgetragen werden können.

Aber die nicht löslichen chemischen Bestandteile der Leiche, die im Wasser löslich sind, werden vom Grundwasser aufgenommen, gelangen so in die Brunnen und mit dem Trinkwasser in die Körper anderer Menschen freilich sind — so wird in dem erwähnten Aufsatze des Dr. Franke ausgeführt — die chemisch löslichen Bestandteile der Leiche nicht so gefährlich als einer jener belebten Krankheitserreger, der — in günstige Verhältnisse gelangt — in einem Tage sich zu 281 Billionen vermehren kann. Immerhin aber können auch diese löslichen Stoffe, wenn sie längere Zeit hindurch aus einem größeren Leichenhaufen in einen Trinkbrunnen gelangen, trotz der Verdünnung noch in solcher Menge auftreten, daß sie die anwohnenden Menschen schädigen. Es birgt ja eine jede faulende Leiche in Massen giftige Verbindungen, die man Toxine und Toxalbumine genannt hat.

Wiegen kann der Einwand erhoben werden: Es soll jedes Leichenfeld so hoch liegen, daß die Leichen noch über dem Grundwasser lagern. Es muß aber die Leiche 1 1/2 Meter unter dem Boden liegen. In wie vielen Fällen ist es möglich, überhaupt einen Grund zu wählen, in dem das Grundwasser in der wasserreichen Zeit nicht über 1 1/2 Meter unter der Oberfläche steigt? Wo ist sind die Friedhöfe nicht in dieser Höhe angelegt und müssen aus ökonomischen Gründen weiter benutzt werden! Von allen Gesundheitsgefahren ist aber gegeben, daß wir "auf einem Friedhofe, in dem die Leichen periodisch unter Wasser stehen, niemals sanitär zulässige Zustände erwarten können".

Berlin. Nach der "Bauwerks-Zeitung" werden dort von den Mitgliedern des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister folgende Löhne gezahlt: Maurer: Barlöse 65 bis 80 M für die Stunde, im Durchschnitt 70 M; Gesellen 50 bis 60 M, im Durchschnitt 55 M für die Arbeitsstunde. Für Zimmerer sind die Löhne wie bei den Maurern. — In den Baugeschäften wird noch immer stark über Arbeitsmangel geklagt.

Die deutschen Gewerksvereine hinsichtlich ihrer Richtung hielten zu Pfingsten in Wannsee im ihren XI. ordentlichen Verbandstag ab. Der Verbandsanwaltschaftsmitglied Dr. Max Hirsch, referierte über die Mitwirkung der Gewerksvereine bei der Ausführung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es wurde nachstehende, vom Referenten beantragte Resolution angenommen:

Der Verbandstag erklärt es, entsprechend unserem Grundsatze der praktischen Arbeitsreform, als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Gewerksvereine, auf alle Weise zur Ausführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken; hierzu ist insbesondere erforderlich:
1. Festlegung aller Verordnungen des Gesetzes und geeignetes Eintreten der Wohlthätigkeit nach den Umständen durch Eintreten an die Unternehmer, Anzeige an die Gewerkschaftsinspektoren, Vorgespräch in den Vereinigungen in der Gewerkschafts- und allgemeinen Presse.
2. Hinzuwirken bei Bundesrat und Regierungen dahin, daß die gesetzlichen Bestimmungen zur Beschränkung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Gewerben halbmäßig ausgelegt werden durch sachliche Informationen und Petitionen.
3. Hinzuwirken auf die Verrückung zweifelhafter und bedauerlicher Bestimmungen und auf Fortbildung des Gesetzes in der Richtung wirtlichen Arbeiterkampfes.
Der Verbandstag fordert alle Mitglieder, Ortsvereine, Ortsverbände und Generalsekretäre, die Mitglieder durch Bildung an die Vorstände, dringend auf, in diesem Sinne unablässig thätig zu sein und namentlich auch Fühlung mit den staatlichen Gewerkschaftsinspektoren zu suchen. Der Verbandstag richtet schließlich an diese Beamten die Bitte, ihrerseits in Erfüllung ihres hochwichtigen und schwierigen Amtes mit den Organen und Gliedern unserer Gesamtorganisation in Verbindung zu treten.

Sonderbar, daß es zur "Mitwirkung" der Gewerksvereine an der Arbeiterschutzgesetzgebung, nachdem dieselbe so und so viele Jahre im Gange, nach solcher Beschlässe bedarf! Nach einem längeren Vortrage des Reichstagsabgeordneten Schneider über den Gesetzentwurf, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, nahm der Verbandstag einstimmig folgende Resolution an:

Der erste ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine erblickt in der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine eine Förderung der berechtigten Arbeiterinteressen und ein Mittel zur Sicherung des sozialen Friedens. Der Verbandstag hofft, daß der deutsche Reichstag als geeignete Grundlage der Gesetzentwurf, betreffend die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, nach seiner Wiederbringung in der neuen Session alsbald annehmen und daß auch die verbündeten Regierungen denselben ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Gleichzeitig spricht der Verbandstag seine Verurteilung darüber aus, daß die jahrelang fortgesetzten Petitionen der Gewerksvereine durch die in dem Gesetzentwurf geoffene Grundlage für die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ihrer Berücksichtigung näher gerückt sind.

Warnung für Steinhauer! Am Neubau der Margaretha-Kaserne in Straßburg i. E. mußten auf Veranlassung des Unternehmers sämtliche Steinhauer die Arbeit niederlegen. Da aufgeschrieben in verschiedenen auswärtigen Blättern diese Steinhauer zu dem betreffenden Bau zugereist sind, so werden alle Kollegen davor gewarnt, auf fernere Annoncieren um Steinhauer nach Straßburg zu kommen; sie würden nur die Zahl der Arbeitstagen vermehren. J. Kuhnle, im Namen sämtlicher Steinhauer Straßburgs.

Aus London wurde unterm 6. d. M. berichtet, daß ein großer Hungerstreik droht. Es sollte noch einmal eine Beratung mit den Meistern gepflogen

In den allermeisten Fällen also bergen die begraben Leichen Gefahren und Unannehmlichkeiten für die Anwohnenden. Je größer das Leichenfeld ist und je näher es an den Wohnungen der Menschen liegt und je tiefer es liegt, desto größer sind diese Gefahren und Unannehmlichkeiten. In großen Städten also, in denen die Friedhöfe bisweilen weit von den Wohnungen entfernt sind, sind auch diese Gefahren geringer.

Besonders groß aber werden die Uebelstände in Zeiten großer Sterblichkeit, also bei Volksheiden und Kriegen.

Andere Gefahren, und diese werden gewiß nicht genug gewürdigt, liegen darin, daß die Leibragenben oft während der rauhen Jahreszeit weite Wege im langsamen Schritte zurücklegen haben, und daß sie auf den Friedhöfen lange Zeit zum Teil in bloßem Kopfe und im Schnee ruhig sitzen müssen.

Alle diese Gefahren werden bei der Leichenverbrennung vermieden. Einstimmig wird zugegeben, daß die Verbrennung der Leichen heute in einer Weise geschieht, daß die Gesundheit der Lebenden in keiner Weise gefährdet wird. Auch die Beizung der Urnen in den Urnenhallen geschieht in gedeckten Räumen. Die Verbrennungsdien nehmen verhältnismäßig wenig Raum ein, sie können also ganz nahe der Stadt gebaut werden. So werden auch die Leibragenben nicht gefährdet.

werden und für den Fall resultatlosen Verlaufes derselben der Auslassung beginnen. Die Gesellen verlangen 9 stündige Arbeitszeit und 10 d Lohn per Stunde.

Vom London wurde unterm 11. d. M. der "Post" gemeldet, daß zum kommenden Montag (13. Juni) ein Ausstand in sämtlicher Bauhandwerker, ungefähr 60 000 Mann, wahrscheinlich sei. Nähere Mitteilungen liegen bei Schluß der Redaktion nicht vor.

Ueber das Ende des Bergarbeiter-Ausstandes in Durham schreibt das "Co. vol. Centralblatt": Der Streik von 90 000 Bergleuten im Kohlenrevier von Durham hat, wie vorausgesehen war, mit der Niederlage der Arbeiter geendet. Im März dieses Jahres traten die Bergwerkbesitzer an ihre Deute mit der Forderung heran, sich einer Lohnreduktion von 10 pzt. zu unterwerfen. Die Bergleute ließen es lieber zum Streik kommen, als sich diesem Ansuchen zu fügen. Als ein für die Arbeiter ungünstiger Ausgang des Kampfes sicher schien, erhobten die Grubenbesitzer ihre Forderung auf 13 1/2 pzt.; am 1. Juni haben sich nun beide Parteien auf eine Herabsetzung von 10 pzt. geeinigt. Der offizielle Bericht über die Verhandlung, die dieser Einigung vorausging, lautet wie folgt: "Einer Einladung des Bischof von Durham folgend, begab sich die Lokalkommission der Durham coal Owner Association heute zum Bischof von Durham, wo sie mit dem Federation Board (dem Präsesidenten der Arbeiter) unter Vorsitz des Bischofs eine Sitzung abhielt. Das Resultat der Verhandlung zeigt folgender Beschluß: "Nachdem das Federation Board Aufklärungen über ein in Zukunft einzurichtendes System gültiger Verständigung gegeben, welches der Bischof von Durham den Bergwerkbesitzern als befriedigend empfahlen und nachdem der Bischof den Besitzern an's Herz gelegt, — nicht auf Grund eines Urteils, ob die Forderung der Besitzer von 13 1/2 pzt. berechtigt sei, sondern einfach in Ermägung der veränderten Lage der Deute und des allgemeinen herrschenden Trends, — die Gruben wieder zu eröffnen, fügten sich die Besitzer der Aufforderung des Bischofs, in der Erwartung, daß die Löhne in Zukunft durch das in Ermägung gezogene System gültiger Verständigung festgesetzt werden sollen."

Bewerkschaftliche Kongresse.

Der dritte internationale Bergarbeiter-Kongress trat am 7. d. M. in London zu sammen. Es waren aus demselben 62 englische Delegirte erschienen, während Belgien drei Delegirte gesandt hat, die 97 000 Bergleute vertreten, Frankreich vier, die Vertreter von 58 200 Bergleuten. Deutschland hat drei Vertreter geschickt, um für 127 000 zu stimmen, und Oesterreich einen, der für 100 000 Bergleute das Wort führte.

Die Bergleute sind die erste Arbeitergruppe, welche es zu einer internationalen Verständigung gebracht hat. Dem Kongresse lag folgender diebezüglicher Plan vor:

1. Die Verbau treibenden Nationen der Welt zusammen zu bringen.
2. Die unterirdische Arbeit vom Einfahren bis zum Ausfahren auf eine achtstündige Schicht zu beschränken.
3. Eine gehörige Minenaufsicht und Inspektion zu erzielen, mit Einschluß des Rechts der Arbeiter, besondere und zwar von dem Staat besoldete Inspektoren zu wählen.
4. Zu allen internationalen Zwecken gemeinschaftliches Verfahren zu empfehlen.
5. Die nötige Macht zu organisieren, um gesetzliche Verordnungen geltend zu machen, und
6. Alle rechtmäßigen Mittel anzupenden, um sämtlichen in Bergwerken angestellten Personen gerechte Kontrakte und billiges Behandeln zu sichern.

Da die hieraus entstehende große Arbeit der Kongress nicht bewältigen kann, so will man eine Körperschaft einlegen, welche wenigstens in vorbereitendem Sinne die Aufgabe des Kongresses zu ordnen hat. Man will einen organisierenden Ausschuss bilden, der wenigstens aus zwei Vertretern jeder Nation bestehen und der internationalen Verbindung mit Rath und That bestehen soll. Derselbe hat ferner die Berichte zu formulieren und einem internationalen Kongresse vorzulegen. Die Wahl der Ausschussmitglieder soll nationenweise geschehen. Der

die kostenlos haltigen, in der faulenden Leiche überhaupt nicht mehr nachweisen, theils weil die Gifte durch die Fäulnisvorgänge bereits zerstört sind, theils weil unsere Hilfsmittel nicht ausreichen. Von den Giften aber, die wir nachweisen können, ist es oft genug noch fraglich, ob sie nicht mit dem Austrich des Sarges oder mit künstlichen Blumen oder von dem Erdboden aus erst nachträglich in die faulende Leiche gelangt sind. — Es wird dieser Seite unserer Frage überhaupt eine so große Bedeutung beigelegt. Fanden doch z. B. in Wien unter 470 000 Begräbnissen nur 2 Ausgrabungen statt und zwar ohne Ergebnisse für das Gericht. Doch mag die Zahl auch eine noch so geringe sein, es sind durch die Ausgrabungen thatsächlich schon Anhaltspunkte für die Rechtspflege gegeben worden, und der Wegfall dieser Anhaltspunkte schließt einen Nachtheil der Verbrennung der Leichen in sich.

Besonders aber sprechen schließlich noch zu Gunsten der Feuerbestattung die ästhetischen Gründe. Es kann uns nicht einleuchten, ob unser Körper nach dem Tode durch Fäulnisgase, Fliegenlarven und Mundwürmer einer langjährigen widrigen Auflöfung übergeben wird, die noch nicht einmal eine vollständige ist; ob unsere Knochen nach vielen Jahren wieder ausgeworfen, da und dorthin verstreut werden, oder ob wir einer raschen und vollständigen Auflöfung entgegengehen. Es ist ein lähmendes und niederdrückendes Verurtheilen für Jeden, daß gerade die schönste Bildung der Natur, an die alle Lust und alle Wonnen des Daseins geknüpft sind, daß gerade der menschliche Körper dem widerwärtigsten, abschreckendsten und am meisten Ekel erregenden Vorgange entgegengeht.

Vorstand des Ausschusses besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und dem Generalsekretär. Jede zu dem Bündnis gehörende Nation hat einen Kandidaten aufzustellen. Jede entsprechende Nation muß mindestens einen Monat vor dem internationalen Kongress dem Generalsekretär zugesandt werden. Die Wahlen nimmt dann erst der Kongress vor. Jedes Jahr soll ein internationaler Kongress abgehalten werden, jedoch kann bei dringenden Fällen auch ein außerordentlicher einberufen werden. Die Abstimmung geschieht bei Ausschusssitzungen nach Nationen, bei Kongressen nach der Anzahl der Vertreter. Von allen Punkten wird als der wichtigste die Einführung der achtsündigen Schicht angesehen.

Sehr eingehend wurde die Frage des Achtsündentages für die Arbeiter, welche über Tage arbeiten, erörtert. Sammelliche auswärtige Delegirten unterstützten den Antrag; nur ein englischer Delegirter machte geltend, daß es Unrecht wäre, eine gleiche Zahl Arbeitsstunden für die Arbeiter in den Gruben und für diejenigen außerhalb der Gruben einzuführen. Die Beratung endigte mit einer Erklärung für den Achtsündentag: Entschieden sprach der Kongress gegen ein allgemeines Streik der Bergleute aus. Eine Resolution wurde angenommen, nach welcher die Arbeiter das Recht haben sollen, die Grubeninspektoren zu ernennen, während die Befolgungen vom Staate getragen werden müßten.

Der nationale Kongress der organisierten französischen Arbeiter, welcher dieses Jahr in Marseille stattfand und zu dem sieben in der französischen Arbeiterpresse eingeladen wurden, hat folgende Tagesordnung festgelegt:

- Die gemeinschaftliche Organisation beider Geschlechter, national und international.
- Die Frauen und Mädchen in der Bergbau-Industrie. Ueber den Generalstreik aller Gewerbe.
- Der internationale Arbeiterkongress des Jahres 1893: Der erste Mai 1892 und seine Folgen.
- Ein Bergarbeiterkongress für das Departement Pas de Calais (Frankreich) fand am 29. Mai in Genes statt. Der Deputirte Lamenghin wurde als Vertreter der Bergleute von Pas de Calais auf dem Londoner internationalen Kongress gewählt. — Nach langer Diskussion sprach man sich gegen den Generalstreik aus, dahingegen wurde der Delegirte beauftragt, in London für die Errichtung einer internationalen Halle einzutreten, an welche 4 Prozent der Beiträge abzuführen sind.

Das Memorandum der Wiener Bauarbeiter.

Wien, 5. Juni.

Das kürzlich mitgetheilte Memorandum der Wiener Bauarbeiter bezüglich der hiesigen Verhältnisse hat wenigstens die eine gute Wirkung gehabt, daß es in allen Vertretungskörpern: Gemeinderath, Landtag und Reichsrath, Veranlassung zu ausführlicher Erörterung gegeben hat. Insbesondere im Parlamente haben wir den praktischen Erfolg erzielt, daß mehrere konkrete Anträge unserer Anregung entsprungen sind und eine lange Debatte hervorgerufen haben. Wir freuen uns darüber aufrichtig, denn wir haben dadurch Gelegenheit gehabt, zu erfahren, wie hoch der Grad sozialpolitischer Weisheit und guten Willens ist, den unsere Gesetzgeber, von lauter „politisch reifen“ Bürger gewählten Abgeordneten besitzen. Sehen wir zu, was dabei herausgekommen ist:

- Was die Bauarbeiter verlangten, waren im Wesentlichen drei Dinge: 1. Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die bei den Wiener Verhältnissen beschäftigten Tagelöhner. 2. ein Minimallohn für die Tagelöhner von 1 fl. 30 kr. und Vereinbarung der Lohnsätze für die baugewerblichen Arbeiter mit ihren Organisationen; 3. eine eigene Inspektion unter Leitung von Arbeitervetretern. Vollständig aufgenommen haben diese Forderungen nur die Antisemiten; haben aber dazu den ganz absurden Zusatz gemacht, es sollten nur „einheimische Arbeitskräfte“ verwendet werden. Erst wollte Auzeger gar nur zuständige Wiener zuzulassen! Der Antisemit Gehmann behauptete in seiner Rede, daß die Sozialdemokraten in anderen Ländern ähnliche Forderungen erheben. Das ist einfach nicht wahr. Was die organisierten sozialdemokratischen Arbeiter, in Frankreich zum Beispiel, verlangen, ist dasselbe, was wir Wiener Bauarbeiter gefordert haben: Schutz gegen die Hungerkonkurrenz bedürftigster Arbeiter durch einen staatlich garantierten Minimallohn. Es soll dem profitgierigen Unternehmer nicht gestattet sein, die Arbeiter, welche noch ab und zu ein Stück Fleisch gewohnt sind, herabzubrüden, indem er billige Erdpfeiler herbeibringt und die Erdpfeiler zu unterirden tractet durch die noch billigeren Solentaesser. Wir haben nichts gegen Slowaken und Italiener, aber sie sollen als Menschen leben, menschliche Löhne erhalten und nicht uns Wiener Proletarier zwingen, zum Thier hinabzukaufen.

Der Jungesche Ratiz hat von unseren Forderungen nur jenen Theil als Geselanzug aufgenommen, der die Tagelöhner dem Arbeiterschutz unterstellt, will dies aber nicht nur für die Bauen bei den Wiener Verhältnissen, sondern für alle Tagelöhner in Oesterreich überhaupt festgesetzt wissen und begnügt sich bezüglich des Minimallohnes und der Inspektion mit einer Resolution. Am schwächlichen ist der liberale Antrag Baernreither's, welcher in einem Gesetze bloß die Bestellung eines eigenen Gewerbe-Inspektors für die Verhältnisse festsetzt, den Arbeiterschutz aber in einer Resolution dem Verordnungswege der Regierung überläßt, vom Minimallohn aber gar nichts wissen will.

Wir sehen hier eine Wiederholung der alten Geschichte, daß nur „arme Leute ein gutes Herz haben“, d. h., daß nur Parteien, die in der Minorität sind und deshalb nichts durchsetzen können, auf die Arbeiterforderungen einigermaßen eingehen. Die Liberalen, welche heute Regierungspartei sind, führen einen förmlichen Fieritz auf, um nur ja die Ausbeuterinteressen zu schonen und dabei doch möglichst in den Geruch der Arbeiterfreundlichkeit zu kommen. Sammelliche Anträge

wurden dem Gewerbeausschusse übergeben, der binnen vier Wochen darüber berichten soll; schon jetzt aber läßt sich leider mit ziemlicher Gewißheit sagen, daß der schwächste Antrag, der Liberale, angenommen werden wird.

Der Hauptstein des Ansoßes war natürlich der Minimallohn; die Herren können sich absolut nicht zu dem Gedanken aufschwingen, daß auch der Arbeiter ein gutes Recht dazu hat, für seine Arbeitskraft einen Preis zu empfangen, der ihm erlaubt, wenigstens seine allerdingsten Bedürfnisse zu decken. Ganz komisch war es, wie die so sehr beschiedene Forderung von 1 fl. 30 kr. als viel zu niedrig von den Einen, als viel zu hoch von den Anderen bezeichnet wurde. Gibt es doch unter den Abgeordneten sogar Leute, welche finden, daß die Erdarbeiten eine so „gute Beschäftigung“ seien, daß es eine Strafanzeige wäre, gesehlich zu hindern, daß die Arbeiter von 5 Uhr Früh bis 9 Uhr Abends dabei bleiben.

Weniger komisch, war der Einwurf, den die Liberalen, besonders Baernreither, der sonst noch lange nicht der Schlichteste ist, machte: daß in Oesterreich man nicht so vorgehen könne wie in Frankreich, England, Nordamerika, weil bei uns die Arbeiterorganisationen fehlen, mit welchen man über den Lohnsatz verhandeln könnte. Also erst wird durch Jahrzehnte mit Polizeigewalt, Drangsalung aller Art, Unterstützung der Unternehmer in ihren heillosen Ausbeuterthieren die Organisation der Arbeiter auf jede Weise gehindert, und plötzlich fragt man uns höflich: „Ja, wo habt Ihr denn eure Organisationen?“ Nun wohl, trotz aller Willkür, trotz aller Gekränen, trotz des Indifferenzismus der Massen, der von oben direkt gezüchtet wird, trotz der Maßregelungen und Gefahren für jeden Einzelnen von uns — wir können stolz sagen, die Bauarbeiter Wiens haben bereits den Rahmen einer Organisation, es braucht nur etwas günstigerer Geschäftsverhältnisse, dann wird diese Organisation joga mächtig und unjassend sein. Wir hoffen gerade bei den Wiener Verhältnissen noch zeigen zu können, daß man die Rechnung ohne den Wirth macht, wenn man meint, über die Bauarbeiter-Schaft zur Tagesordnung gehen zu können. Wir werden nicht gestatten, daß die Herren Ausbeuter sich gemüthlich an den bestimmten, gebedten Tisch, setzen und sich mästen, ohne daß für diejenigen, welche mit ihrem Schweiß und Blut Alles schaffen müssen, nichts herauspringt, als Maderer und Glend.

Zur Regierung und ihrem Verordnungsweg haben wir gar kein Vertrauen; wir kennen ihre Praxis zur Genüge. Wir freuen uns des Erfolges, daß wir die Herrschaften gezwungen haben, bei ihren „Geschäften“ auch über die Arbeiter zu sprechen; wir haben aber keineswegs die Absicht, sie nunmehr daran vergessen zu lassen.

Dazu aber ist nötig, mehr als je nötig, daß sich die Bauarbeiter aufraffen, mit aller Energie ihre Organisation vollenden und endlich jene Macht erringen, die ihnen gebührt. Darum Bauarbeiter: Alle Mann an Bord!

Aus Amerika.

New York, 5. Juni.

Der gegenwärtige Kampf zwischen dem Verband der Besitzer der Granit-Steinbrüche des Ostens einerseits und „ihren“ Arbeitern sowie deren Verbänden andererseits ist aus einem P o d o t seitens der Ersteren hervor gegangen. Es handelt sich also hier um einen Streik der P o s s e. Es muß ihnen schlecht gehen — diesen Patrioten und Menschenfreunden, welche doch gewiß bloß ihren Arbeitern zu Liebe das mineralreiche Land aufkaufen und dessen Geleiten durch die Thätigkeit der Arbeiter in Gold verhandeln lassen! Es muß ihnen arg schlecht gehen, — und die bösen, unbeschäftigten Arbeiter wollen ihnen gewiß noch das letzte Stückchen Butter vom Brot wegnehmen. Darum sind diese armen, in Grunde so liebenswürdigen Herren suchstentenswid geworden, und deshalb wollen sie nun, indem sie darauf bestehen, daß fernerhin die Kontakte mit den Arbeitern am 1. Januar in Kraft treten, eine kleine Aufbesserung ihrer traurigen Lage erlangen!

Ist das so? — Ja, das kommt uns gerade das vom Jenusamt der Vereinigten Staaten veröffentlichte Bulletin über die Statistik der Granit-Industrie zur Hand. Und darauf kann man Gist nehmen, was Herr Porter über die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit an's Tageslicht gelangen läßt, daß ist thurnhoch erhaben über den Verdacht, die Wirklichkeit als eine zu rosige für Kapitalisten und zu düstere für Arbeiter hinzustellen. Was finden wir nun in diesem Jenus-Bulletin?

Da lesen wir, daß im Jahre 1889 etwas über 62 Millionen Kubfuß Granit in den Vereinigten Staaten produziert worden sind und daß der Marktwert des Produktes sich auf 14 500 000 Dollars besizt hat. Die Zahl der „beschäftigten“ Arbeiter war nach dem Befund des Jenusamtes 22 313, die in 874 Steinbrüchen thätig waren. Die Totalsumme der ausgezahlten Löhne: 9 600 000 Dollars. Alle diese Ergebnisse beruhen — wohl gemerkt — auf den von den Bossen an das Jenusamt gesellerten Angaben. Das Gleiche gilt von den Grundlagen der Berechnungen, die vom Jenusamt in Bezug auf die Durchschnittgröße der Tagelöhne und der beschäftigten Arbeitstage des Jahres angestellt worden sind. Galten wir diese letzteren mit den ersteren Mittheilungen zusammen, dann kommen wir zu folgendem Resultat, wobei wir den Staat Massachusetts als den produktivsten Granit-Staat als Norm annehmen:

Der von 814 Establishments in den 874 Steinbrüchen erzielte Profit betrug im Jahre 1889 nach der ungeschätzten Angabe des Jenusamtes 3 000 000 Dollars, genau: 2 960 074 Dollars. Dabei aber werden von Herrn Porter die Beträge für Rente und Kapitalzins von denjenigen Firmen, die über solche Ausgaben an andere Ausbeuter berichtet haben, als Zuschuß zu den Produktionskosten in Abrechnung gebracht. Der wahre Gesamtausbeutungsbeitrag, der im Jahre 1889 in der

Granit-Industrie erzielt wurde, ist also größer, um diese schwinnterlich verhälfen Beträge für Rente und Kapitalzins. Trotzdem finden wir nun, daß der durchschnittliche Profit des einzelnen Granit-Etablissements so groß ist, wie das Jahreseinkommen von 4,75 Wörmännern, oder 9,35 Steinbrechern, oder 5,68 Handwerkern, oder 10,1 Handlangern, oder 22,87 Knaben unter 16 Jahren, die in den betr. Steinbrüchen beschäftigt waren. Mit Vermeidung der Dejmalmätze ausgedrückt war also der Durchschnittsprofit von 100 Etablissements gleich dem Durchschnittslohn einkommen von

- 475 Portleuten, oder
- 925 Steinbrechern, oder
- 568 Handwerkern, oder
- 1010 Handlangern, oder
- 2287 Knaben unter 16 Jahren.

Und das ist alles reiner, absolut arbeitsloser Ausbeutungsbeitrag!

Diese armen Granit-Bosse! Sie haben es nötig, durch ihren Streik die Augen der Arbeiterwelt auf ihre Schmarokertwiffamkeit zu lenken!

Situationsberichte.

Maurer.

Schwedt a. D. Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 29. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Anträge auf Veränderung des Statuts. 2. Berlesung der aus dem Verband ausgeschiedenen Mitglieder. 3. Besprechung über das abzuhaltende Sommervergnügen. 4. Verschiedenes. Von mehreren Kollegen war bereits angeregt, daß die Beiträge zu hoch seien und wurde dementsprechend von dem Kollegen Lange ein Antrag eingebracht, in welchem die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle den Wunsch ausprechen, der Verbands-tag möge eine Herabsetzung der Ertragsbeiträge beschließen. Von dem Kollegen Küd war ein weiterer Antrag eingebracht, der unter Berücksichtigung, daß die im Vertriebenen 30 Prozent von den Beiträgen nicht hinreichen, um damit genügend für den Verband zu agittren, verlangt, daß die am Orte verbleibende Prozentsumme erhöht werde. Beide Anträge wurden einer Kommission, bestehend aus den Kollegen Buslaff, Hartmann und Resemann, überwiesen. Hierauf erfolgte die Berlesung der Namen der ausgeschiedenen Mitglieder, worauf der Kollege Küd eine ergreifende Anrede an die Versammlung hielt, in welcher er zum treuen Festhalten an der Organisation aufforderte. Im 4. Punkt wurde von mehreren Mitgliedern empfohlen, da ein genügendes Lokal nicht zur Verfügung stehe, eine Landpartie zu unternehmen. Von dem Bevollmächtigten wurde jedoch darauf hingewiesen, daß das Abhalten eines Stützungsfestes die jungen Kollegen, welche zu dieser Zeit ihre Lehrzeit beendet haben, anspornen, dem Verband beizutreten und ein Lokal zur Verfügung stehe. Es wurde beschlossen, das Stützungsfest zu feiern und zum Arrangement desselben ein Komitee, bestehend aus den Kollegen Grunh, Zwief und Krüger II, gewählt. Nachdem im „Verschiedenen“ noch einige kleine Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Bevollmächtigte mit einem Dank für den zahlreichen Besuch und der Aufforderung, in jeder Versammlung auf dem Posten zu sein, die Versammlung.

Hamburg. In der am 2. Juni abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands machte der Bevollmächtigte zunächst bekannt, daß am Donnerstag, den 9. Juni, eine öffentliche Versammlung der Mitglieder des früheren Fachvereins der Maurer stattfinden. Zum ersten Punkt sprach Herr B a f e r über: „Das System des Zeit- und Akkordlohnes und dessen Nutzen und Schaden für die Arbeiterbewegung.“ Redner schilderte die Entstehung der Höhe, wies auf die Schädlichkeit der Stück- und Akkordarbeit hin, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Akkordarbeit ein nothwendiges Uebel der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sei und auch erst mit dieser verschwinden werde. L i n e b u r g suchte nachzuweisen, daß durch die Akkordarbeit der Arbeiter mehr Freiheit genieße; dieses wurde jedoch von allen Rednern bestritten und widerlegt. Der zweite Punkt wurde auf Antrag B ö m e l b u r g's verlegt. Hierauf sprach die Versammlung dem Mitgliede J ü n k l i n g, welches Sonntags gearbeitet hatte, ihre Mißbilligung aus. Angekagt war ferner das Mitglied B o t wegen Sonntagsarbeit; derselbe hatte sich entschuldigt und soll zur nächsten Versammlung noch einmal eingeladen werden. Herr S a b e r t erwähnte einen Unfall am Bau des Herrn Braun; wo ein Arbeiter infolge Stühlagens gestorben sei. Man habe denselben zwei Stunden ohne ärztliche Hülfe am Bau liegen lassen. Er forderte die Kollegen auf, bei solchen Fällen selbstständiger zu handeln und sich nicht auf die Barklere zu verlassen. Ein Antrag desselben Redners, die Wiederaufnahme der Streikbrecher auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt und folgte hierauf Schluß der Versammlung.

Kügel-Wiebelbach. Am 6. Juni tagte im Lokale des Herrn Freudenberger die im „Grundstein“ Nr. 23 bekannt gegebene Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Erhebung der Beiträge. 2. Verschiedenes. Nachdem sich 5 Mitglieder hatten aufnehmen lassen und die Beiträge erhoben waren, wurde im Punkt „Verschiedenes“ beschlossen, zum 20. Juni, Nachmittags 1 Uhr, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in der die Wahl eines Delegirten für den Verbandstag in Kassel stattfinden soll; als Delegirter für unsere Wahlabtheilung wurde G e o r g H a n d vorgeschlagen. Ferner wurden die Mitglieder ermahnt, die hiesigen Wähler richtig auszufüllen und wurde alsdann die Versammlung geschlossen. Danzig. Am Dienstag, den 31. Mai, wurde die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands abgehalten, welche ziemlich gut besucht war. Der Bevollmächtigte B ä c e r hielt an die Mitglieder eine Ansprache und ermahnte sie, für die größere Ausbreitung

des Verbandes Sorge zu tragen und die Versammlungen besser zu besuchen. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten der hiesigen Jährlichen Kollegen in der Diskussions über verschiedene Angelegenheiten; so wurde unter anderem das Herbergsweien getadelt und bebauert, daß hierin eine Wenderung schwer zu schaffen sei, weil die alten Häuser noch immer nicht Schritt halten wollen. Dann wurde das Stützungsrecht in Anregung gebracht; aber es konnte ein Schritt nicht gefaßt werden, weil der Wirth nur bis 10 Uhr Konzeßion hat und er von dem überwachenden Beamten aufgefordert wurde, das Lokal zu verlassen. Die Versammlung hatte hiermit ihr Ende erreicht.

Bremen. Am 8. Juni, Abends 6 1/2 Uhr, fand in der Vereinshalle, Dührenstraße 1, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Jährlichen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Monatliche Abrechnung des Fahnenweies in Gesehmünde und Umgegend. 3. Beschlußfassung über die Delegirtenwahl. 4. Statutenänderung. 5. Berichtendes. Nachdem der erste Punkt erledigt wurde vom ersten Kassierer die monatliche Abrechnung vorgelegt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dann wurde beschloffen, der Fahnenweie unserer Kollegen in Gesehmünde und Umgegend mit unserer Fahne betzuwohnen, und wurde eine Kommission von 6 Mitgliedern unterm Fahnenkomitee, welches ebenfalls aus 6 Mitgliedern besteht, beigegeben, welches sich am 10. Juli nach Gesehmünde zu begeben haben. Im 4. Punkt wurde zum 15. Juni, Abends 6 1/2 Uhr, eine außerordentliche Mitgliederversammlung angefaßt, in der die Delegirtenwahl vorgenommen werden soll. Im Punkt 5 wurden die Paragraphen 4, 17 und 27 einer scharfen Kritik unterzogen und zur Abänderung empfohlen. Herr Weder, sowie mehrere andere Kollegen betonten, daß die Extrabeiträge zu hoch gegriffen seien, und daß dadurch viele Kollegen dem Verbands fern blieben. Im Bremen seien etwa 300 Mitglieder und ja. 1000 indifferenten Kollegen, letztere wollten wohl denselben Lohn verdienen, aber wenig zahlen. Dieses sei aber von Bremen nicht allein zu sagen, sondern von sämtlichen Städten Deutschlands, deshalb sei es nöthig, daß die Extrabeiträge herabgesetzt würden, und wurde dieses von der Versammlung lebhaft unterstützt. Herr Fied sprach über den § 17, seinen Ausführungen wurde jedoch von Herrn Weder widerstanden. Herr Niendorf sprach in längeren Ausführungen über § 27. Es wurde für dieses Mal zu wenig Delegirte gewählt, man möge darauf hinwirken, daß anstatt auf 500 Mitglieder für die Folge auf 300 Mitglieder 1 Delegirter zu wählen sei. Herr Wischhausen schloß die Mikrophonie des vorräthigen Kongresses. Herr Schöttner sprach für Erhöhung der wöchentlichen Beiträge von 10 auf 15 S und für Abschaffung der Extrabeiträge. Herr Wiese kritisierte ferner noch den vorjährigen Kongress und wüandte die Geschäftsleitung von Hamburg zu verlegen, dasselbe wurde von Herrn Wischhausen und Weder befürwortet. Noch wünschten die Herren Schöttner und Niendorf, daß der Verbandstag in einem bestimmten Monate festgesetzt werde, was von vielen Kollegen kräftig unterstützt wurde. Wegen vorgerückter Tageszeit wurde Punkt 6, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Schluß 10 Uhr.

Colberg. Am 8. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Weigert eine Mitgliederversammlung der hiesigen Jährlichen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Ein Mitglied hatte sich aufnehmen lassen. Der zweite Punkt, die Wahl eines Bevollmächtigten und eines ersten Kassierers, wurde aufgehoben, da die Betreffenden keinen Grund hatten, das Amt ohne Weiteres niederzulegen. Kollege A. Schulz stellte den Antrag, den beiden Kassieren eine jährliche Gratifikation für ihre Bemühungen zu gewähren, dem ersten Kassierer pro Jahr M. 6, dem zweiten Kassierer M. 4. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Auf Antrag des Kollegen Bierlich wurde beschloffen, die Beiträge in den Versammlungen zu entrichten, um hierdurch die Kollegen zu den Versammlungen mehr heranzuziehen, denn die Versammlungen würden jetzt sehr schwach besucht. Der dritte Punkt, Wahl eines Delegirten, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Um Veränderungen in dem Statut vorzunehmen, stellte Kollege Vlanck der Versammlung dar, daß die Jährlichen verpflichtet seien, Anträge auf Wenderungen des Statuts dem Vorstande einzureichen. Kollege A. Schulz stellte den Antrag, an den Vorstand zu schreiben, die Extrabeiträge und wöchentlichen Beiträge etwas zu ermäßigen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Im Punkt Berichtendes stellte Kollege Blank den Antrag, dem Kollegen Weidmann II. eine Klage zu ertheilen, da er sich in großer Weise gegen seine Kameraden vergangen habe. Kollege A. Schulz stellte den Antrag, den Kollegen Heyden im Gewert aufzufordern, eine Erklärung abzugeben, warum er als Unternehmer-Arbeiter als Maurer anstelle. Nach Erledigung einiger nicht besonders wichtiger Sachen wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Die Jährliche Berlin II des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. hörte am 12. Juni zunächst einen Vortrag des Herrn Robert Wolf, Bahnarzt, über: „Wie schützt man sich gegen Schwindel?“ an, welcher mit großer Spannung und Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Alsdann schritt man zur Statutenberatung und wurden die §§ 4, 6, 8, 14, 17, 18 und 38 einer Revision unterzogen und werden die Anträge dem Vorstande unterbreitet werden. Darauf wurde als Kandidat zur Delegirtenwahl der Kollege W. Kersch, an, Albbenerstraße 2, in Vorschlag gebracht. Nachdem dann noch zur Vertheilung am Stützungsrecht aufgefordert war, wurde noch bekannt gemacht, daß die nächste Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, Anseß 10, stattfinden, wo die Delegirtenwahl erfolgt.

Bremen. Am 1. Juni fand hier in der Vereinshalle eine öffentliche Versammlung der Maurer Bremens und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Die Situation am Orte. 2. Abrechnung vom Generalfonds.

3. Berichtendes. Juni 1. Punkt führte Kollege Bilschhausen aus, daß jetzt Dasjenige, was wir mit großer Mühe und Kraft errungen haben, mit Füßen getreten werde. Denn das beweise, daß beim Meister Bolmer am 1. Juni bei der Lehrmäßigkeit jetzt 12 Stunden gearbeitet wird. Auch bei einigen anderen Meistern kämen große Uebelstände vor. In der Altonaerstraße hätten mehrere Maurer wegen Mangels eine Stunde geleistet, der Meister habe am Sonnabend aber einfach erklärt, es hätte sechs Stunden gerechnet und habe er auch für sechs Stunden den Lohn abgezogen; es habe aber keine Verbandsgelesen betroffen. Es werde also die höchste Zeit, daß alle Maurer Bremens dem Verband beitreten, so wie früher dem Fachverein, und die Verbandsmittel mehr für die Agitation eintreten. Herr Schöttner hob hervor, daß man sich immer mehr und mehr mit den Bauarbeitern solidarisch fühlen müsse, wir müssen mehr für ihre Vereinnung eintreten, dann würden sie auch für unseren Verband eintreten und die Meister würden es nicht wagen, gegen uns vorzugehen. Zum zweiten Punkt verlas Herr Schöttner die Abrechnung über den Generalfonds der Maurer Bremens vom 1. Juli 1891 bis zum 1. Juni 1892. Ausnahme: 17 Marken verkauft à 20 S. = M. 3.40. Ausgabe: Annoncen für die „Brem. Nachrichten“ M. 36.60, an Kollegen F. and er für eine öffentliche Versammlung M. 0.65, an Kollegen Bilschhausen für eine öffentliche Versammlung M. 3.80, an Kollegen Schöttner für Kontrollkommissionsversammlung M. 8 und M. 3, für die Verwaltung der Kontrollkommission und für die Verwaltung des Generalfonds bis zum 1. Juli 1891 M. 10, Heizungskosten am 19. August 1891 M. 0.60, Summa M. 62.65. Kassensstand am 1. Juli 1891 M. 113.56. Einnahme bis zum 1. Juni 1892 M. 3.40, bleibt jetziger Kassensstand M. 54.31, davon auf der Sparkasse M. 28. Um Marken waren am 1. Juli 1891 vorhanden: 1818 Stück, verkauft davon 17 Stück, bleiben 1801 Stück Marken. Die Revisoren F. Wiese, H. K. a. v. Es wurde noch beschloffen, den Generalfonds bis auf unbestimmte Zeit auszuheben. Im 3. Punkt wurde das Fahnenkomitee neu gewählt, und nachdem noch einige Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am Mittwoch, den 8. Juni, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Jährlichen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen statt, die sehr schwach besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellung zum nächsten Verbandstage“, wurde beschloffen, dem Delegirten mit auf den Weg zu geben, für Abänderung der Beiträge einzutreten. Ferner wurde die Verwaltung von dem Kollegen Schöttner auf unbestimmte Zeit auszuheben. Im 2. Punkt wurde das Fahnenkomitee neu gewählt, und nachdem noch einige Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Am 31. Mai tagte unter dem Vorsitz des Kollegen Blinke eine öffentliche Maurerverammlung im großen Saale des Rathhofs. In derselben sprach unter großem Beifall Kollege Meyer aus Hamburg. Redner schilderte zunächst die Entstehung der wirtschaftlichen Krisen, die Entwidlung des Maschinenwesens und der Technik und führte dann aus, wie sich die Industrie der Naturkräfte bediene, durch welche eine große Anzahl menschlicher Arbeitskräfte überflüssig gemacht werde. Der englische Statistiker M. O. H. u. l. habe schon im Jahre 1888 nachgewiesen, daß durch die vorhandenen Maschinen 1000 Millionen Menschenkräfte ersetzt würden. Bei der heute herrschenden wagnissinnigen Produktionsweise werde eine große Anzahl Maoren fertiggestellt, die in Folge der geringen Kaufkraft der großen Masse der Arbeiter, keinen Absatz finden; die Folge davon sei die Einschränkung der Produktion, welche wiederum die Entlassung zahlreicher Arbeiter zur Folge habe. Würden die Arbeiter den ihnen zukommenden Lohn erhalten, so würde die vorhandene Menge der Maoren kaum ausreichen, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Auch die Unternehmer im Baugewerbe verfolgten die Tendenz, aus den Arbeitern möglichst viel herauszuschlagen, und die Zunungen, welche vorgeben, das Handwerk heben zu wollen, seien möglichst bestrbt, die Lohnforderungen der Gesellen illusorisch zu machen, indem sie, die guten Verkehrtwege benützend, aus den entferntesten Gegenden Arbeiter heranziehen, um die Löhne zu brüden. Wenn die Baugewerbezeitung“ schreibe, die Bauhandwerker seien Aristokraten unter den Arbeitern, so sei das eine tendenziöse Unmaßigkeit; in vielen Städten werde nur ein Stundenlohn von 20 S gezahlt und durchschnittlich sei noch eine tägliche Arbeitszeit von elf Stunden vorherrschend. Anlangend die Frage, ob sich gegen die Ausbeutung durch den Unternehmer etwas thun lasse, erklärte Redner, daß dieses allerdings möglich sei durch die Gemerkschaftsbewegung. Leider sei aber zu konstatiren, daß so viele Kollegen in ihrer Thätigkeit erlahmen, es hätte und dieses aber keineswegs abhalten, die indifferenten Kollegen heranzuziehen, damit diese mit uns für eine geregelte Arbeitszeit und einen auskömmlichen Lohn eintreten. Eine Hauptaufgabe sei es, die Klassenlöhne zu bekämpfen, denn durch dieselben entstehe unter den Kollegen Neid und Mißgunst. Ferner habe die Gemerkschaftsbewegung für Aufklärung Sorge zu tragen, Jeder müsse Agitator sein und für den Zentralverband eintreten, hierdurch würde auch der politische Bewegung ein Dienst geleistet. Nach der Diskussion, an welcher sich die Kollegen H. u. p. e. r. t. und G. r. o. t. h. e., sowie der Referent beteiligten, erfolgte die Wahl von zwei Kontrolleuren; gewählt wurden die Kollegen C. h. e. n. r. e. c. h. t. und F. u. g. e. Hierauf forderte der Verträuensmann die Kollegen auf, die

Arbeitszeit regelrecht innezuhalten und die Sonntagsarbeit zu bestrafen, sowie sich nur in solchen Geschäften raffen zu lassen, in welchen die Kontrollkarte vorgelegt wird und der „Vollwille“ ausliegt. Nach diesem erfolgten Schluß.

Laueburg a. d. Elbe. Am Sonntag, den 5. Juni, Nachmittags 4 Uhr, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Jährlichen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Ueber den ersten Punkt „Streitangelegenheiten“ sprach der Bevollmächtigte in längeren Ausführungen. Er kritisierte hauptsächlich das Verhalten des hiesigen Groß- und Kleinbürgerthums gegenüber den Streitenden und hob hervor, daß gerade die kleinen Handwerker und Ladenbesitzer es sein würden, die mit darunter zu leiden hätten, wenn der Streit zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen sollte. Redner unterzog sodann die Bemerkung des Meisters B. a. s. e. w. gegenüber unterm Kollegen P. e. t. e. r. s. Mitglied der Streikkommission, einer scharfen Kritik. Der Herr hatte gesagt, 1 S pro Stunde könne er wohl zulassen, aber auch lange nicht für alle Maurer, aber wenn er es auch nicht thun möchte, der Herr Bürgermeister habe gesagt, er würde es nicht zugeben, daß wir Maurer den geforderten Lohn erhielten. Redner hob hervor, daß er dem Herrn Bürgermeister solche Absurdität nicht zutraue, es sei dieses nur eine lächerliche Erfindung, um uns zum Aufnehmen der Arbeit zu beeinflussen; wir würden uns nicht einschüchtern lassen und den Hof, den wir betreten, ruhig weiter schreiten. Denn jedes von den Importieren seien abgerichtet und dieses sei für uns ein großer Vortheil. Was die Opferwilligkeit der Kameraden anbetreffe, so sei diese eine lobenswerthe zu nennen. Obgleich wir uns schon acht Wochen im Streik befinden und wir lange im Winter arbeitslos gewesen, sei die Haltung eine musterhafte zu nennen. In der Debatte beteiligten sich P. e. t. e. r. s. und B. a. n. g. e. Der Bevollmächtigte stellte den Antrag, die Streikkommission möge in der nächsten Versammlung den Geschäftsbereich über den Streik vorlegen. Dieses wurde einstimmig angenommen. Im Punkt „Berichtendes“ ermahnte der Bevollmächtigte die Mitglieder, sie möchten von jetzt an den Fragekasten mehr in Anspruch nehmen. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr ohne Bevollmächtigten geschlossen. Der Zug nach hier ist fern zu halten.

Osterburg. Am 22. Mai tagte hier selbst eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: Gründung einer Jährlichen des Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. In die Verwaltung würden die Kollegen J. o. h. F. o. h. a. n. n. als Bevollmächtigter, G. W. i. t. t. u. b. e. n. als dessen Stellvertreter, A. W. o. l. f. a. u. r. a. n. als Kassierer, C. W. u. n. k. e. als dessen Stellvertreter und Fr. F. i. l. d. e. b. a. n. d. t. als Schriftführer gewählt. — Die erste Mitgliederversammlung der Maurer Deutschlands usw. Jährliche Osterburg, tagte am 6. Juni mit der Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berichtendes. 3. Die gewerkschaftliche Organisation. Zum ersten Punkt wurde der Antrag, die Extrabeiträge sowie einen Wochenbeitrag in den Versammlungen, die anderen wöchentlichen Beiträge durch die Skolportreure des Verbandsorgans zu erheben, angenommen. Nachdem die Beiträge erhoben und sich fünf neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, so daß unsere Jährliche 68 Mitglieder zählt, wurde zum zweiten Punkt „Berichtendes“ übergegangen. Es meldeten sich fünf Kollegen, die „Grundstein“ vorläufig unentgeltlich zu verbreiten. Ferner wurde beschloffen, die Verbandsversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat abzuhalten. Nachdem noch einige unwichtige triviale Angelegenheiten geregelt waren, wies im dritten Punkt: „Die gewerkschaftliche Organisation“, Kollege H. a. a. l. e. auf das Koalitionsrecht hin, da hier vielfach bei den Kollegen noch die Ansicht herrscht, sie täten etwas Unrechtes, wenn sie sich an einer Organisation beteiligten. Auch wies er auf die Zunung hin, der sich ja auch unsere Meister anschließen hätten, um das Handwerk zu heben, das heißt, ihre persönlichen Interessen zu unserem Schaden zu fördern. Es wäre Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehlich mit seiner Familie meint und unsere so wie so schon gedrückte Lage nicht noch mehr herabdrücken lassen wolle, diesem entgegenzutreten, und dieses könnten wir nur in einer strengen Organisation, wie sie der Zentralverband der Maurer Deutschlands usw. bietet.

Goßlin. Bezüglich des am 30. v. Mis. begonnenen Maurestreiks ist die Lage bisher ziemlich unverändert. Ein Unternehmer hat allerdings die Erklärung abgegeben, die bisherigen Arbeitsbedingungen festzuhalten, jedoch beschäftigt derselbe eine so winzige Anzahl Maurer, daß dieses Anverieten wenig in's Gewicht fällt. Die Baukonjunktur ist ja am Orte keine besonders günstige, auch sind die angelegenen Bauten nicht gerade dringlich, immerhin glauben wir aber mit Grund, auf einen guten Erfolg rechnen zu dürfen, da sämtliche Kollegen tief von der Nothwendigkeit unseres Vorgehens durchdrungen sind und die Haltung derselben deshalb eine musterhafte ist. Streikbrecher gibt es bis jetzt nicht. Der Zug nach hier ist fern zu halten.

Gesehmünde. Eine Extraversammlung der hiesigen Jährlichen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands fand am 12. Juni in Bremenham statt und fanden folgende Punkte der Tagesordnung zur Vertheilung: 1. Vorschläge zum Delegirten und Delegirtenwahl zum ersten Verbandstag. 2. Fahnenfrage. 3. Berichtendes. Zunächst machte der Bevollmächtigte bekannt, daß, wenn die Mitglieder gefunden seien, einen Kandidaten zur Delegirtenwahl auszustellen, die Jährlichen Nordenham, Wilhelmshaven, Wesel und Nordenney demselben ihre Stimme geben würden. Es wurde beschloffen, einen Kandidaten aufzustellen, und wurde der Kollege S. i. m. o. n. als solcher ernannt; in der darauffolgenden Wahl wurde derselbe von der Jährlichen Gesehmünde, Lehe und Umgegend mit 67 Stimmen gewählt. Im zweiten Punkt machte der Bevollmächtigte bekannt, daß am 10. Juli unsere Fahnenweie stattfinden und zu derselben sämtliche Gemerkschaften eingeladen sind. Wegen vorgerückter Zeit konnte in die Beratung des dritten Punktes nicht

eingetragen werden, es erfolgte vielmehr Schluss der Versammlung.

Bauhändlerwerk.

Wanzenburg a. S. Am ersten Pfingsttage fand hier selbst auf Anregung der Kollegen Schulz und Werkaus ein Halberstadt eine öffentliche Bauhändlerwerkerversammlung statt. Kollege Schulz referierte über das Thema: "Die wirtschaftliche Notlage im Baugewerbe und wie ist derselben abzuhelfen?" und wurde der Vortrag mit Beifall aufgenommen.

Strand. In einer am 28. Mai abgehaltenen öffentlichen Bauhändlerwerkerversammlung sprach Herr Schögl über "Weich der Organisation". Redner schilderte die in der heutigen Produktionsweise herrschenden Uebelstände und die aus denselben sich ergebenden Nachteile für die Arbeiter in ansehlicher Weise und empfahl die Organisation der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Das in der neu gegründeten Zählstelle Neustettin gewählten Verwaltungsratsmitglieder, sowie die neu gewählten Schriftführer in den Zählstellen Harburg und Altdorf sind nach § 18 des Statuts durch den Vorstand bestätigt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen. Sitz Hamburg.

Bekanntmachungen.

Für die 6. Wahlabteilung hat die Zählstelle Gesehmünde den Kollegen S. Simon in Uebe als Delegierten zum Verbandstage in Vorklag gebracht.

Die in der neu gegründeten Zählstelle Neustettin gewählten Verwaltungsratsmitglieder, sowie die neu gewählten Schriftführer in den Zählstellen Harburg und Altdorf sind nach § 18 des Statuts durch den Vorstand bestätigt.

Als verloren sind angemeldet: Die Mitgliedsbücher Nr. 14215 Karl Graub, Nr. 11594 W. Marquardt, Nr. 11597 F. Druwe, Nr. 32583 F. Strupp, Nr. 17310 H. Alpen, Nr. 5224 Karl Dreier.

Das Mitgliedsbuch Nr. 3886 S. Jacob Hansen, eingetreten in Neumünster, ist hier aus Flensburg eingeliefert und kann hier abgefordert werden.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 7. bis 14. Juni sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in: Bremen M. 182,74, Faderleben 25,28, Wilhelmshaven 50,25, Berlin II 100,-, Wilhelmshagen 50,-, Frankehausen 12,-, Grabow i. M. 17,88, Mainz 50,-, Warrin i. M. 26,-, Caffel 30,-, Wandbeck 140,52, Boizenburg 14,70, Neumünster 68,46, Bugtshude 7,48, Jarrentin 20,-, Dortmund 55,50, Legnitz 13,50, Dvenstedt 86,-, Stolp i. P. 15,50, Vergeborf 70,34, Gesehmünde 100,-, Gyllin 30,-, Großenhain, Vertrauensmann, 12,-, Summa M. 1128,-. Hamburg, den 14. Juni 1892. F. Wilbrandt, Hamburg, Postvereinsunterlage, Wilhelmstr. 13, I.

Im Zentralverband beträgt die niedrigste Extraneuer monatlich 20 M, dieselbe wird sechs Monate hindurch erhoben = M. 1,20; 52 Wochenbeiträge à 10 M = M. 5,20; also zusammen M. 6,40; nehmen wir nun die Extraneuer auf 40 M monatlich, so macht das M. 7,60 und bei 60 M Extraneuer jährlich M. 8,80. Die übrigen Städte können hier nicht in Betracht gezogen werden, denn wo monatlich 80 M oder M. 1 Extraneuer gezahlt wird, sind die Lohnverhältnisse bedeutend höhere. Es kommen in meiner Berechnung hauptsächlich die kleinen Städte in Anwendung, weil hier die größten Klagen vorherrschend. Der Irrtum bezüglich der hohen Beiträge kommt hauptsächlich daher, weil wöchentlich mit monatlich verwechselt und gegenseitig verglichen wird. Wöchentlich 10 M und monatlich nur 20 M, da haben wir es. Anstatt nun ausfüllend und erläuternd zu wirken, wird dieser scheinbare Unterschied benutzt, um Verwirrung, Erregung und Antipathie hervorzurufen.

In den Städten, wo die lokalen Fachorganisationen bestehen, werden heute noch viel früher Beiträge zum Generalfonds erhoben, die Braunschweiger Konferenz hat ja auch beschlossen, Marken im Werte von 10, 15 und 20 M zu vertreiben; sollte denn in den Orten, wo jene Herren keinen Fuß haben, monatlich nur 10, 15 oder 20 M erhoben werden? Nun dann wird auch der Herr Gaumer mit seinen angelegten 3000 Mann ein ohnmächtiges Ding sein und bleiben. Soweit ich unterrichtet bin, verschmäht man es auch dort nicht, recht viel Geld aufzubringen zu wollen.

Worin aber der Zentralverband vor den lokalen Fachvereinigungen den Vorzug hat, liegt darin, daß das Fachorgan obligatorisch eingeführt ist. Selbst wenn auch einige Tausend Verbandmitglieder wenig Wert darauf legen sollten, so sind doch immerhin bedeutend mehr Leser des Fachorgans vorhanden, als es früher der Fall war. Bei 13-14 Tausend Mitgliedern haben wir mindestens 10 Tausend Leser. Früher waren bei 30 bis 32 Tausend Fachvereinsmitgliedern keine Zehntausend vorhanden, die auf das Fachorgan abonniert waren. Nehmen wir das Protokoll vom 8. Kongress zur Hand, da lesen wir auf Seite 48, daß am 31. März 1891 6785 Abonnenten auf den "Grundstein" waren. Nehmen wir die Maurer, die auf den "Bauhändlerwerkerver" abonniert sind, auf ungefähr 1000, das ist aber hochgegriffen, an, so können wir uns ein ungefähres Bild von der Leistungsfähigkeit, sowohl als der prinzipiellen Solidarität unter den lokalen Fachorganisationen machen. Wir können doch der lässigen Kollegen halber, die nicht gerne zahlen, die auch zur Leistungsfähigkeit zu tragen sind; nicht auf das Hauptkampfmittel, den Kriegsschlag, verzichten, denn mit solchen Worten ist unseren Gegnern nichts abgerungen, da heißt es Geld, Geld und abermals Geld.

Da nun im August in Kassel der Verbandstag tagen wird, wäre es notwendig, in den Zählstellen einmal diese wichtige Frage nicht oberflächlich nach dem Augenschein, sondern tief und gründlich zu erörtern. Es kommen bei der Erörterung folgende Fragen in Betracht: 1. Wollen wir unseren Verband zu einer Kampfsorganisation machen, um dem vereinigten Unternehmertum geschlossen und kräftig entgegenzutreten? 2. Wollen wir uns in der Förderung unserer Interessen-gemeinschaft gegenseitig mit Rath und That thätig unterstützen? Und wenn wir dieses wollen, dann haben wir uns mit der Hauptfrage zu beschäftigen: 4. Können wir denn diesen Zweck mit niedrigen Beiträgen, ohne einen lähmenden Alp auf uns zu laden, erreichen? Werden wir kapitalkräftig bleiben, ohne einen festen Garantiefonds zu besitzen? Die Entscheidung über diese Fragen dürfte nicht schwer fallen.

Die Entscheidung über diese Fragen dürfte nicht schwer fallen. Mit Gruß Albert Paul.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, F. W. Dieß Verlag) ist soeben das 37. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Canossa in Berlin. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten: 1877 bis 1885. Von F. A. Sorge. (Fortsetzung). - Altersversicherungspläne in England. Die Solidarität und die Agitation gegen sie. Von W. H. Wiegand, Schriftleiter. - Vorlesung. - Fruileton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. (Fortsetzung).

"Sozialpolitisches Zentralblatt" (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Guttentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 3. Einzelnummern 25 M. Erschienen ist Nr. 23.

Briefkasten.

Hamburg. ? Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt.

Leipzig Renditt, S. O. Auf Ihr wiederholtes Schreiben bemerken wir Ihnen, daß wir die Ablehnung der Aufnahme Ihres Eingeladten aufrecht erhalten müssen. Es sollte Ihnen doch wohl bekannt sein, daß es unmöglich ist, eine Versammlung von Einzelmitgliedern abzuhalten; die schiffliche Polizei, und hauptsächlich die Leipziger, würde daraus sofort einen Verein konstruieren und die Folge davon wäre das Verbot des Verbandes in ganz Sachsen. Das wollen Sie doch jedenfalls nicht. Zur Berufung öffentlicher Maurerverfassungen ist unseres Wissens aber in Leipzig ein anderer Kollege berufert, wenngleich nicht ausgeschlossen ist, daß auch der Vertrauensmann des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands solche einberufen kann. Werden Sie sich also an die Ihnen gewiß bekannten Personen und wir sind sicher, daß Ihrem Wunsch, wenn irgend möglich, baldigst nachgekommen wird.

Anzeigen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Zählstelle Kassel.

General-Mitgliederversammlung

am Mittwoch, 22. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wittrot. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum ersten Verbandstage. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Die örtliche Verwaltung. [M. 2,16]

Aldolf Kost,

Maurer aus Frankenhäuser (Kasseler),

wird gebeten, mir seine gegenwärtige Adresse hab-möglichst zukommen zu lassen, da ich ihm wichtige Mittheilungen zu machen habe. Es wird gebeten, denselben im gegebenen Fall hierauf aufmerksam zu machen.

August Bollrath, Weißgerber,

Osterwick am Parz, Gartenstraße 402.

Bekanntmachung

für die Zählstelle Berlin I (Puzer).

Infolge der vielen Klagen und Beschwerden über nicht pünktliche Zustellung des "Grundstein" von Seiten des Expediteurs hat die Versammlung vom 8. Mai den Beschluß gefaßt, die Verbreitung in andere Hände zu geben. Dieses geschieht zum 1. Juli und ist die Verbreitung der "Freien Vereinigung der Expediteure" übertragen. Die Mitglieder werden ersucht, betreffs Neuausschreibung der Listen bis zum 20. Juni ihre genaue Adresse dem Kassierer Herrn Carl Schmidt, Memelerstraße 60, anzuzeigen. Beschwerden über nicht pünktliche Zustellung des "Grundstein" sind nach dem 1. Juli an die Zählstelle der "Freien Vereinigung der Expediteure" zu richten, welche in der Versammlung am 3. Juli bekannt gemacht wird. In dieser Versammlung findet die Wahl der Delegierten zum Verbandstage statt und werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. [M. 3.-]

Zur Beachtung!

Sieben erschienen: Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands für das Jahr 1890. Verlag von H. Dammann, Hamburg. Der Preis dieser Brochüre beträgt 50 Pf., für Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands 35 Pf. Zu beziehen durch den Verleger H. Dammann, Hamburg, Postvereinsunterlage, Wilhelmstr. 13, oder durch unsere Expedition. Die örtlichen Verwaltungen ersuchen wir, für die Verbreitung dieser Schrift redt thätig zu sein und sich gehend die Bestellungen aufzugeben.

Eingeladnt.

Aus Hannover.

Sind die Beiträge zum Verbands zu hoch?

Auf meinen Agitationsreisen für die Organisation der Maurer Deutschlands habe ich so häufig die Klage gehört, daß die Beiträge zum Verbands zu hoch seien, und viele Kollegen dadurch abgedrückt würden, dem Verbands als Mitglieder beizutreten. Jüngstens wurde mir erst die Mitteilung aus Wanzenburg, ehe die Beiträge zum Verbands nicht niedriger gestellt werden, treten die Wanzenburger Kollegen dem Verbands nicht bei. Ich bin nun überall, wo diese irrige Meinung unter unseren Verbandskollegen auftaucht, derselben entgegengetreten. Ich habe aber auch die Beobachtung gemacht, daß diese irrige Ansicht häufig absichtlich genährt wird, um den Brüdern spielen zu können; zugleich muß aber auch erwähnt werden, daß die Agitation seitens der Sozialorganisationen - Berlin, Halle, Braunschweig - jene irrige Ansicht ebenfalls absichtlich fördert, um den Zentralverband schwächen zu können. Man spekuliert auf den niedrigen Egoismus der Menschen, indem man behauptet, daß auch mit wenigen Beiträgen viel errungen werden könnte; man setzt mit Vorliebe das Mißtrauen in die Herzen der Kollegen, damit sie nur ja nicht dem Verbands beitreten, weil, trotzdem die hohen Beiträge von den Mitgliedern gezahlt werden, doch viel zu wenig Geld am Orte bleibt. Da war es doch früher in den Fachvereinen viel besser, da behielt man das ganze Geld, man brauchte sich um nichts zu kümmern, höchstens in Zeiten der Noth, da schickte man schnell ein paar Mark nach Hamburg, um dann hundertsfach unterstellt zu werden. Das Solidaritätsprinzip stand nur auf dem Papier.

Kein Mittel, und sei es noch so verwerflich, wird seitens der Berliner und Hallenser Fachvereinsagitatoren gesucht, um dem verhassten Verband eins auszuwickeln zu können. Erst hörte man: Dem Verbands können wir nicht beitreten, weil in demselben keine Politik getrieben werden darf und Politik ist die Würze der Bewegung." Jetzt, wo man mit dieser Phrase nichts mehr erreichen kann, sucht man auf diesem Wege Stimmung zu machen, um den Kollegen die salomonische Weisheit aufzutischen, die Beiträge seien zu hoch. Sehen wir uns nun mal die hohen Beiträge genauer an, und unsere Verbandskollegen werden daran erkennen, daß dieselben im Ganzen nicht mehr zahlen, als es früher in den Fachvereinen der Fall war. In den lokalen Fachvereinen wird im Durchschnitt ein Monatsbeitrag von 20 M erhoben, das macht jährlich M. 2,40, für ein Fachorgan jährlich M. 4, für den Generalfonds während der sechs Sommermonate pro Woche 10 M = M. 2,80, also zusammen im Jahre M. 9.

